

Volkswacht

für Schlesien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Evorbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Blücherstraße 4/6, durch die Expeditionen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 6 und Neue Graupenstraße 11, sowie durch alle Auszubereitenden, -Verleger, -Buchhändler zu entnehmen wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn - 0,50 Rmt., monatlich 1,26 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn - 2,10 Rmt. Durch die Post einfr. Belegungsgebühr 2,40 Rmt.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagort und Hauptgeschäftsstelle: **Dreslau 2**
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3243
Postfach-Konto: Postfach-Amt Dreslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Dreslau

Anzeigenpreis: Je 1000 Meter für geschaltete Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Verleumdungen und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 6 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer: wägen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Blücherstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Anverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Der Reichsverrat Bayerns.

Der bayerische Hochverrat von der Regierung unterstüßt.

Wichtige Enthüllungen im parlamentarischen Untersuchungsausschuß.

München, 13. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der von den Deutschnationalen mit allen Mitteln bekämpfte Untersuchungsausschuß des bayerischen Landtages bringt immer neues wichtiges Material über die Hochverratspläne des offiziellen Bayern im Herbst 1923 zutage.

In der Dienstagssitzung erhielt man durch die Berichterstattung des Sozialdemokraten Dr. Hoegner endlich ein Bild in jene Geheimhaltungen des Hitlerprozesses, in denen die gegen Kahr, Lössow und Seißer erhobenen Beschuldigungen untersucht wurden. Das geforderte eingehende Ermittlungsverfahren wurde damals überaus schnell eingestellt. Heute weiß man nun den Grund, warum dies geschah. Es war

die Mitwisserschaft der bayerischen Regierung Knilling

an den dunklen Plänen zur Errichtung einer Rechtsdiktatur im Reich. Kahr gab nämlich am 27. März 1924 dem Staatsanwalt folgendes zu Protokoll: „Die bayerische Regierung hatte Kenntnis von unseren auf Errichtung eines Direktoriums gerichteten Bestrebungen. Der Gesandte v. Pögger war, wie mir Herr v. Knilling gesagt hat, im Sinne eines Direktoriums in Berlin tätig geworden.“ Statt darauf für die Mitglieder der Regierung Knilling zu verneinen, hat das Gericht das Ermittlungsverfahren mit überhöhter Geheimhaltung abgebrochen und dies damit begründet, daß ein Vermerk nach Berlin nicht geplant gewesen sei. Ueber die Art der Konspiration der bayerischen Regierung durch ihren Gesandten in Berlin gegen die rechtmäßige Reichsregierung geben die Akten keinen weiteren Aufschluß mehr, wobei festzuhalten ist, daß die Akten des Generalkonsultationskommissariats des Untersuchungsausschußes gar nicht vorgelegt wurden.

In einer Aussage Kahrs ist nun auch der Passus enthalten, daß es zu seinen Aufgaben als Generalkonsultationskommissar gehörte, in Bayern einen starken Polizeikörper zur Errichtung eines Direktoriums bereitzustellen. Kapitän Ehrhardt erklärte vor den prüfendsten Jünglingen der Infanterieschule: „Es wird unbedingt nach Berlin marschiert und Kahr bedauert nur, daß Hitlers Kampfbund noch beiseite steht. Sobald sich der Kampfbund auflöst, wird marschiert.“ Der Führer der vaterländischen Verbände in Bayern, Professor Bauer, heute deutschnationaler Landtagsabgeordneter, predigte schon Anfang Oktober vor seinen Verbänden: „Es kann jeden Tag losgehen, wir haben die neue Verfassung bereits in der Tasche.“ Der berüchtigte Oberst Engländer erklärte in einer Versammlung in Bamberg: „Ich komme soeben vom Generalkonsultationskommissar. Er wird marschieren und gewisse Fragen ähnlich wie Bismarck lösen.“ Den so aufgeputzten Verbänden setzte man auseinander, daß die Verzögerung des Marsches nach Berlin durch die Unentschiedenheit der Berliner Herren veranlaßt sei. Seidt müsse sich endlich entscheiden. Tue er das nicht, so nehme man ihn einfach gefangen und setze an seine Stelle den General Behrendt, der damals die Berliner Garnison befehligte.

Inzwischen traf Lössow die militärischen Vorbereitungen für den Marsch nach Berlin. Nach wiederholten Besprechungen mit dem Standortkommandeuren der Reichswehr in Bayern erhielt Lössow am 26. Oktober für den Fall innerer Unruhen einen Geheimbefehl Nr. 800, der die Verstärkung der bayerischen Reichswehr von ein auf drei Divisionen anordnete und durch einen ausführlichen Mobilisationsplan alle technischen Einzelheiten des Aufmarsches regelte. Mit diesem Befehl sollten alle kriegstauglichen Angehörigen der vaterländischen Verbände Wiking, Blücher, Stahlhelm, Bayern und Reich, Oberland und Hermannsbund in die Reichswehr eingegliedert werden. Die Vorbereitungen waren von den Regimentskommandeuren sofort in Angriff zu nehmen. Die Verstärkung selbst hatte erst auf ein telegraphisches Stichwort Lössows hin zu erfolgen und mußte dann innerhalb dreier Stunden durchgeführt sein. Das Ziel war, eine festgefügte, unbedingt disziplinierte Truppe zu schaffen, die fest in der Hand der Führer war. Zu diesem Zweck wurde die Forderung mancher Verbände, ihre Leute in geschlossenen Kadres einzuzugliedern, abgelehnt, um den Freikorpscharakter nicht aufkommen zu lassen. Die Leute wurden also einzeln auf den Mannschaftsstand der Reichswehr verteilt. Den Studenten wurde die Dienstzeit auf ihr Studium angerechnet, den Leuten aus anderen Berufen die Rückkehr in ihr normales Arbeitsverhältnis nach Abschluß der Operation garantiert. Die Operation wurde auf vier Wochen angesetzt, was daraus hervorgeht, daß Waffenreinigungsmittel für diese Zeitdauer beschlagnahmt mitzunehmen waren. Mit den ärztlichen Untersuchungen wurde am 26. Oktober sofort begonnen. Dem Geheimbefehl Lössows sind eine Reihe Befehlsanweisungen für Mobilisationsforderungen beigegeben, durch die die Aufstellung der drei Divisionen in allen militärischen Einzelheiten geregelt ist. Das Ganze nannte man in den beteiligten und eingeweihten Kreisen „Herbstübung 1923“. Dem Verbindungsmann des Stützministeriums im Generalkonsultationskommissariat, dem inzwischen verstorbenen Oberregierungsrat Stauffer, wurde von Lössow das Stichwort für diese Herbstübung 1923 mitgeteilt mit dem Zusatz: „Das wird dann der erste Tag der Aktion sein.“ Nach dem Hitlerputsch erfolgte dann von Lössow der telegraphische Gegenbefehl: „Die Herbst-

übung unterbleibt. Einstellung von Freiwilligen darf nicht mehr erfolgen.“

Die Kosten für diese Herbstübung wurden aus Mitteln der bayerischen Staatskasse bestritten. Kahr hat bei seiner Vernehmung auch angegeben, daß bei allen Beratungen über die Durchführung dieser Herbstübung ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums zugegen war. Für die Schaffung eines starken Polizeikörpers in Bayern zur Aufrechterhaltung der Rechtsdiktatur im Reich wurden also mit Wissen und Willen der bayerischen Regierung Staatsmittel verwendet, die niemals im Budget ausgewiesen wurden.

Lössow hatte im Prozeß diese Herbstübung erläutert und erklärt, daß die ganze Operation notwendig war, um in Sachsen und Thüringen Ordnung zu schaffen. Dazu brauchte man Verstärkung, damit die Kolonnen nicht leerbländen, in denen große Mengen von Munition lagerten. Außerdem wollte Lössow dem Aktivismus der vaterländischen Verbände begegnen und durch ihre Eingliederung in die Reichswehr sie fest in seine Hände bekommen. Schließlich galt es, für das allgemeine erwartete Reichsdirektorium in Bayern den starken Polizeikörper von dem Kahr gesprochen hat, zu schaffen, um das Reichsdirektorium auch dort durchzuführen, wo sich etwa Widerstände geltend machen würden. Mit dieser Erläuterung enthielt Lössow seine Diktaturpläne wenigstens teilweise. Hier herein spielt auch die bekannte Zeugenaussage des Rechtsanwals Holl, zu dem Lössow äußerte: „Herrgott, ich will ja marschieren, wenn ich nur 60 Prozent Wahrscheinlichkeit für das Gelingen habe. Unter diesen Umständen bin ich zu jedem Staatsverbrechen bereit.“ In der gleichen Richtung gehen noch eine Reihe von Verneinungen Lössows bei den sogenannten Führerbesprechungen, die von vielen Zeugen bekundet wurden. Lössow versicherte einmal den

drängenden Führern der Verbände: „Ich bitte Sie, meine Herren, Vertrauen zu mir zu haben. Ich mache alles mit, wenn der Erfolg nur verbürgt ist. Einen Putsch allerdings will ich nicht, der in fünf bis sechs Tagen zusammenbricht. Ein anderes Mal erklärte Lössow diesen Führern am Schluß einer Besprechung: „Meine Herren, Sie begeben sich mit mir auf ein Schiff. Wenn das Schiff untergehen sollte, dann gehen Sie mit mir unter.“

Auf Grund des Geheimbefehls vom 26. Oktober wurde in allen Standorten der Reichswehr in Bayern eifrig an der Durchführung der Mobilisation gearbeitet. Darüber berichteten in den Geheimhaltungen des Prozesses eine ganze Reihe von Zeugen. Die wichtigste Auslage ist die des Reichswehrkommandeurs in Regensburg, Oberst Ebel, der erklärte, daß als der äußere Grund für die Herbstübung wohl innere Unruhen angegeben war, was aber in Wirklichkeit nur ein Vorwand war, da die bereits vorhandene Reichswehr und Landespolizei für diesen Zweck völlig ausgereicht hätte. Es galt vielmehr, den Bewegungskrieg nach dem Norden. Dies allein erklärte, warum man bereits mit den Eisenbahnbehörden wegen der Truppentransporte in Fühlung getreten war.

Am 3. November reiste Seißer, der Chef der wehrtechnischen Abteilung im Generalkonsultationskommissariat, im Auftrage Kahrs nach Berlin, um sich, wie er im Prozeß angab, über die Gerüchte wegen der Zusammenstöße an der thüringischen Grenze zu informieren. Nachdem Kahr sich in dieser Frage auf sein Amtsgeheimnis berief, zeigten die Aussagen anderer Zeugen, daß Seißer deswegen nach Berlin gefahren war, um sich über den Stand des Direktoriums endlich Klarheit zu verschaffen und insbesondere mit Seidt zu verhandeln. Nach seiner Rückkehr nach München am 5. November wurde dann der bayerische Grenzschutzführer Ehrhardt sofort abgelassen, weil sich Seißer im Reichswehrministerium überzeugen mußte, daß die ganze bayerische Nordgrenze von Reichswehrtruppen besetzt und ein Marsch nach Berlin aussichtslos war. Als dann am 8. November Hitler und Ludendorff verhaftet waren, hatte die Herbstübung 1923 erst recht jeden Sinn verloren. Sie wurde deshalb sofort eingestellt.

In der nächsten Sitzung des Untersuchungsausschußes sollen die Akten vorgelegt werden über die von Hitler und Ludendorff geplante Diktatur.

Deutschnationale Gemeinheit.

Aufstandsunterricht für einen Deutschnationalen im Reichstag.

Berlin, 14. Dezember. Die Sitzung wurde um 10 Uhr mit der Einzelberatung der Besoldungsvorlage eröffnet. Zuerst befaßte man sich mit dem Abschnitt über die Umrechnung der Dienstzeit.

Es folgt die Besprechung des Abschnitts Wartegelder, Ruhegehälter und Hinterbliebenenfürsorge.

Abg. Rohmann (Soz.):

Der Redner begründet einige Anträge der Sozialdemokratie, wonach die Vorschriften dieses Gesetzes auch auf die vor dem 1. Oktober 1927 in den Wartestand oder Ruhestand versetzten Beamten und Offizieren Anwendung finden. Das Ruhegehalt dürfte in keinem Falle 12.000 Mark im Jahre übersteigen. Bezieht ein Ruhegehaltsempfänger, der nicht im Reich dient oder in einem sonstigen öffentlichen Dienst im Sinne des § 57, Nr. 2 des Reichsbeamtengesetzes verwendet wird, neben seinen Versorgungsgebühren ein weiteres steuerbares Einkommen (Privateinkommen), so wird das Ruhegehalt, soweit es 3000 Mark im Jahre übersteigt, gekürzt. Den Ruhegehaltsempfängern stehen versorgungsberechtigte Hinterbliebenen gleich. Mit aller Energie trete die Sozialdemokratie dafür ein, daß die Bezüge der hohen Pensionsempfänger gekürzt werden; wenn sie daneben noch Privateinkommen beziehen. Wenn man die erschlüßelten Schilderungen über das Glend in den Familien der Kriegsverletzten liest, so muß man es als ein Gebot der Gerechtigkeit bezeichnen, daß es wie in der Frage der Kürzung der hohen Pensionsempfänger, so auch unter dieser Frage es will, etwas geschieht. Wir werden nicht zuzuhören, bis unsere Forderung erfüllt ist.

Deutschnationale Unverschämtheit.

Abg. Schmidt-Hannover (Dnat.) wendet sich gegen den sozialdemokratischen Redner und erklärt, die Pensionäre der alten Wehrmacht seien keineswegs in einer bevorzugten Stellung. Eine Pensionskürzung würde eine Verfassungsverletzung bedeuten. Es sei doch nicht zuviel, wenn General v. Madensen nach 55jähriger Dienstzeit eine Jahrespension von 16.983 Mark erhalte. Ebenso viel bekomme ja auch Herr Scheidemann. (Unruhe bei den Sozialisten.) Abg. Rohmann, der erst durch die Resolution Direktor eines Versorgungsamtes in Gruppe XIII wurde, lege sich jetzt eifrig für eine Aufbesserung der Direktoren ein. (Hört, hört! rechts: Unruhe bei den Soz.) Die Einwürfe des Abg. Rohmann zeigten dem alten Offizierskorps nicht an die Stiefelspitzen. (Beifall rechts, Unruhe und Zischen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Steinboß (Soz.): Der Abg. Schmidt-Hannover hat als Hauptmann a. D. einen Kasernenhof auf angewandt, wie er im Heeresgesetz über die Ruhegehälter (Unruhe rechts.) Ich stelle fest, daß der Abg. Schmidt-Hannover hier ein sorgfältig abgearbeitetes Manuskript vorlesen hat, in dem er die geschäftlichen Intrigen gegen meine Parteifreunde vorher hinein gearbeitet hat. (Hört, hört! links.) Ihr Verhalten (zu den Deutschnationalen) in der Pensionsfrage geht darauf hinaus, daß die geschäftlichen Bestimmungen darüber nur für die Angehörigen der bürgerlichen Parteien gelten sollen, nicht aber für solche Männer, die aus dem Volke gekommen sind. Wir beantragen, über unsere Anträge zur Pensionsfrage namentliche Abstimmung. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Rohmann (Soz.):

Bei meinen Ausführungen über Pensionskürzungen habe ich niemand persönlich angegriffen. Das war erst dem Abg. Schmidt-Hannover vorbehalten, der mit seinem ausgearbeiteten Manuskript hier aufgetreten ist, um Leute aufs geblödete zu beschimpfen, die im öffentlichen Leben stehen. Die Soz. die gegen die in leitenden Stellen der Republik stehenden Personen entfaßt worden ist, ging von den Deutschnationalen aus. Ich habe kein Wort des Angriffs gegen das Offizierskorps gebraucht und dessen Leitung im Weltkrieg in keiner Weise herabzujagen versucht. Erst der Abg. Schmidt hat sich einen Popanz zurechtgemacht, um dann seine Heße gegen die in der Revolution zu Diensten gekommenen Männer zu wiederholen. Herr Schmidt hat behauptet, ich hätte mich als Direktor eines Versorgungsamtes während der Beratungen über die Besoldungsvorlage für eine Aufbesserung meines eigenen Gehaltes eingesetzt.

Ich erkläre diese Behauptung für eine freche und unverschämte Lüge.

(Hört, hört! links. Präsident Löbe ruft den Redner zur Ordnung, erregte Zwischenrufe der Linken gegen die Deutschnationalen.) Worum handelt es sich bei diesem Vorgang? Ein Parteifreund des Herrn Schmidt, ein Versorgungsamtsdirektor in Hannover, Generalmajor a. D. und Mitglied des Offiziersbundes, hat mich schriftlich gebeten, ich möge ihm doch Gelegenheit geben, mit Mitgliedern des Hauptauschusses eine Rücksprache zu bekommen. Dieser Bitte habe ich entsprochen. (Abg. Schmidt-Hannover: Weiter habe ich auch nichts behauptet! — Große Unruhe links. Ruhe bei den Soz.: Feiger Rückzug! — Das will ein Offizier sein! — Lumpen!) Die vom Abg. Schmidt-Hannover vorgebrachten persönlichen Verdächtigungen sind eine Gemeinheit.

Präsident Löbe ruft den Abg. Rohmann wegen des letzten Ausdrucks nachmals zur Ordnung. — Abg. Sallmann (Soz.) bekennt sich zu dem gegen den Abg. Schmidt-Hannover gerichteten Jurist „Lumpen!“ Er erhält dafür einen Ordnungsruf. Abg. Ruhst (Soz.), dessen Jurist „verprügelter Hund“ sich nicht auf den Redner bezog, erklärt auf eine Frage des Präsidenten, er lasse die Bezeichnung auch für den Abg. Schmidt-Hannover gelten. Dafür erhält Abg. Ruhst einen Ordnungsruf.

Abg. Giffing (Ztr.) bedauert die vom Abg. Schmidt-Hannover geübte Art der Auseinandersetzung. Damit werde den Regierungsparteien kein Dienst geleistet.

Abg. Schmidt-Hannover (Dnat.): Die vom Abg. Rohmann gegebene Darstellung ist mir von meinem Parteifreund Schmidt-Stettin als richtig bekannt worden. (Hört, hört! links.) Ich stelle nochmals fest, daß ich mit meinen Ausführungen nicht behaupten wollte, daß Herr Rohmann sich persönliche Vorteile verschaffen wollte. (Ruhe links: Aber Sie haben es behauptet!)

Präsident Löbe in die Einzelansprache beantragt. Es folgen die Abstimmungen.

Der sozialdemokratische Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage bei der Annahme des Alters wird mit 209 gegen 181 Stimmen abgelehnt. Der Antrag der Sozialdemokratie auf gleiche Entlohnung für Ruhegehaltsempfänger mit den Beamten wird mit 209 gegen 184 Stimmen bei 19 Enthaltungen abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag, wonach das Ruhegehalt in keinem Falle 12.000 Mark im Jahre übersteigen darf, wird mit 209 gegen 190 Stimmen bei 17 Enthaltungen abgelehnt. Eine

Maßstab von Rentnerverordnungen enthält sich der Stimme. Die Vorlage wird im übrigen nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen. Es kamen dann die Schlussvorschriften zur Beratung. Dazu liegt ein Antrag der Regierungspartei vor, wonach für die Dauer von zunächst 5 Jahren von je drei freien oder freizuerwerbenden Beamtenstellen eine Stelle wegzufallen soll.

Abg. Steinlopf (Soz.) hat gutem Willen der Regierungspartei eine andere Regelung dieser Frage möglich. Es ist auch noch zu unteruchen, ob dieser Antrag nicht eine Verfassungsänderung bedeutet. Die Sozialdemokratie ist nicht gegen jede Verminderung des Beamtenapparates. Aber die in diesem Antrag vorgeschlagene Regelung ist doch zu schematisch. Durch sie wird auf 5 Jahre hinaus jede Beförderung ausgeschlossen. Es wäre besser, bei der Beratung des Haushalts Maßnahmen zur Verminderung des Beamtenapparates zu treffen.

Abg. Koch-Weser wendet sich gegen den § 34, wonach Veränderungen der Amtsbezeichnungen durch den Reichspräsidenten erfolgen sollen. Der Antrag der Regierungspartei über die Beamtenverminderung sei undurchführbar, denn das Reich könne nicht, wie es der Antrag weiter verlangt, die Vorschriften der neuen Gesetze auf die Länder, Gemeinden und Organe des öffentlichen Rechts ausdehnen.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler erklärt, die Regierung sei mit dem von Abg. Koch demingelien Antrag der Regierungspartei einverstanden.

Abg. Steinlopf (Soz.) beantragt, den Antrag dem Haushaltsausschuss zu überweisen. — Die Überweisung des Antrages wird mit 186 gegen 159 Stimmen abgelehnt. Der Antrag wird dann in namentlicher Abstimmung mit 218 gegen 172 Stimmen bei fünf Enthaltungen angenommen. In der Ablehnung aller sonstigen Änderungsanträge werden die Schlussvorschriften angenommen. Die einzelnen Besoldungsordnungen werden gegen Kommunisten und Wirtschaftspag. angenommen.

Es folgen einige persönliche Erklärungen:

Abg. Scheidemann (Soz.) stellt gegenüber dem Abg. Schmidt, Hannover fest, daß er niemals ein Gehalt oder eine Pension bezogen habe, die auch nur annähernd den hohen Pensionen entspreche, die die kaiserlichen Generale beziehen. Schon früher sei vom Magistrat von Cassel festgestellt worden, daß er als Oberbürgermeister von Cassel ein Gehalt von 9384 Mark bezogen habe. Davon habe er Jahr für Jahr ein Drittel für Wohlfahrtszwecke zur Verfügung gestellt. Auf die ihm zustehende Ruhestandsentschädigung habe er während der ganzen Inflationszeit verzichtet. Da nach der jetzigen Besoldungsregelung das Oberbürgermeistergehalt auf 19800 Mark festgesetzt sei, könne man sich ja ausrechnen, daß die Pension weit geringer ist als die hohen Bezüge die die verabschiedeten Generale beziehen. Der Redner erklärt zum Schluß, daß er selbst für die Kürzung der hohen Pensionen eingetreten ist; der sozialdemokratische Antrag trage ja auch keine Unterdrift.

Kraß im Bürgerblut.

Es folgt die Beratung des Berichtes des sozialpolitischen Ausschusses über die einmalige Notstandsmaßnahme zugunsten der Sozialrentner, Kleinrentner, langjährig Erwerbslosen und der unterhaltlosen ehemaligen Reichsarbeiter und Reichsangehörigen. Es ist zu gewahren: 1. für Empfänger von Invaliden-, Witwen- und Waisenrente je 9 Mark, für Empfänger von Kinderzuschuß und Waisenrente je 3 Mark, 2. für Hauptunterstützungsempfänger in der Kleinrentnerfürsorge je 9 Mark, für Zulageunterstützungsempfänger (Ehegatte, Kinder) je 3 Mark, 3. für Hauptunterstützungsempfänger in der Rentnerfürsorge je 9 Mark, für Zulageunterstützungsempfänger je 3 Mark, 4. für unterstützte ehemalige Reichsarbeiter und Angestellte, soweit sie nicht unter Ziffer 1 bis 3 fallen, für Hauptunterstützungsempfänger je 9 Mark, für Zulageunterstützungsempfänger je 3 Mark. B. Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ist vorbehaltlich einer nachträglichen gesetzlichen Genehmigung zu ermächtigen, den Empfängern von Ruhegehalt, Witwen- und Waisengeld eine entsprechende Notstandsmaßnahme aus den Mitteln der Anstalt zu gewähren.

Abg. Karsten (Weine) Soz.

stellt mit Bedauern fest, daß durch das Verhalten der Rechtsparteien jetzt eine ganz unzulässige Regelung dieser Frage erfolgen soll. Trotzdem diese Parteien selbst die Wichtigkeit in der Regierung haben, bedauern auch sie, daß nicht mehr als 25 Millionen Mark bewilligt werden. Haben nicht die Rechtsparteien bei der Aufwertung für die Entschädigung der Klein- und Sozialrentner gejozt? Am 27. November erst haben sie die Verlegung des Kleinrentnerverordnungsgegesetzes beschlossen. Glauben Sie (nach rechts) nicht, daß die Kleinrentner es nicht verstehen werden welches verlogene Spiel Sie mit ihnen getrieben haben? Wie wollen Sie (zu den Deutschnationalen) es mit Ihrem christlichen Gewissen vereinbaren, daß die Kleinrentner auch jetzt zu Weichwachen hungern sollen? (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten).

Abg. Frau Teusch (Zr.) stellt mit Bedauern fest, daß durch das Verhalten zweier Regierungsparteien eine solche Diskussion entfiel worden ist. (Hört, hört). Die Erklärung der Regierung

im Ausschuss über die Verlegung des Kleinrentnerverordnungsgegesetzes ist nicht auf Wunsch des Reichsrentnerministers, sondern auf Veranlassung des ganzen Reichstages abzugeben worden. (Hört, hört!). Die Darstellung der Abg. Frau Müller-Ostfeld, als ob der Reichsrentnerminister die Verlegung gewünscht habe, ist also ganz falsch. Sämtliche Regierungsparteien haben sich hinter den Wunsch der Regierung gestellt, die Beratung der Kleinrentnerfürsorge erst bei der Haushaltsberatung vorzunehmen. (Hört, hört, links). Warum haben die Deutschnationalen nicht jetzt als Regierungspartei die Anträge für die Kleinrentner wiederholt, die sie als Oppositionspartei im Jahre 1926 gestellt haben. (Sehr richtig, links). Alle Parteien, bis zur Sozialdemokratischen, haben stets die Weichwachsheit als unwürdiges Alibi benutzt und eine Dauerregelung verlangt. Unerbittlich ist es, wenn jetzt eine Frau, wie Frau Müller-Ostfeld aussieht, und vor allem eine Unterstützung der Kapitalrentner verlangt. (Sehr richtig, links). Wir überlassen der Öffentlichkeit, darüber zu entscheiden, ob es nicht besser ist, mit diesen 25 Millionen wenigstens den Millionen von Sozialrentnern, statt nur den 340 000 Kapitalrentnern zu helfen, wie es Deutschnationale und Deutsche Volkspartei wollten. (Lebhafter Beifall h. Zr. und links).

Abg. Schwarzer (Mayer, Zr.) stimmt der Darstellung der Frau Teusch zu. Abg. Köhler (Komm.) meint: Wie lange solle es noch dauern, daß das Volk durch den Bürgerblut so schamlos behandelt wird? Abg. Kütz (Dem.) meint, daß bei allen Koalitionen Unstimmigkeiten bestanden hätten, aber sie seien bisher noch nie in so unwürdiger Form vorgetragen worden. Der Redner stellt fest, daß auf der Hauptversammlung des deutschen Rentnerbundes die Redner der Regierungsparteien den Eindruck erweckt hätten, als ob sie bei der ersten Gelegenheit eine Dauerregelung der Rentnerfürsorge durchsetzen würden. Statt dessen hätten sie die Beratung des von den Deutschnationalen eingebrachten Gesetzes verhindert. Heute bedauern sie, daß bisher eine Dauerregelung der Rentnerfürsorge noch nicht erfolgt sei. Der Antrag des sozialpolitischen Ausschusses auf Gewährung von Weichwachsbeiträgen an Sozialrentner usw. wird einstimmig angenommen.

3. Beratung des Besoldungsgegesetzes.

In der allgemeinen Aussprache erklärt Abg. Guérard (Zr.) zu dem neuerdings von der Sozialdemokratie eingebrachten Antrag auf Begrenzung der Höchstpension auf 12 000 Mark, daß das Zentrum dem Grundgedanken dieser Forderung zustimme. Auch in der Zeit vor dem Kriege seien Höchstbezüge für Pensionen festgesetzt worden. Der sozialdemokratische Antrag sei aber für das Zentrum nicht annehmbar, da er das erstrebte Ziel nicht erreiche.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler teilt mit, daß dem Kabinett bereits ein Ministerpensionsgesetz vorliege, die Beratung solle so bald als möglich abgeschlossen werden.

Abg. Rohmann (Soz.)

begründet den von Rednern des Zentrums bereits erwähnten Antrag: „Das Ruhegehalt darf in keinem Falle wäufiger Reichsmark im Jahre übersteigen. Ältere Gesetzvorschriften, die dieser Gesetzvorschrift entgegenstehen, gelten als aufgehoben.“

Wir sind bereit, über eine Änderung unseres Antrages zu reden, wenn seine Annahme nur an der Form scheitern sollte. Unser Antrag liegt ja schon seit Jahresfrist vor. Das Zentrum hätte also Gelegenheit gehabt, wenn es unserer Forderung auf Pensionierung zustimmt, selbst das Notwendige zu veranlassen. Wenn Sie (nach rechts) heute unseren Antrag ablehnen, so geben Sie damit zu, daß Sie die Kürzung der hohen Pensionen gar nicht wollen.

Der sozialdemokratische Antrag, wonach das Ruhegehalt nicht mehr als 12 000 Mark betragen darf, wird in namentlicher Abstimmung mit 217 gegen 176 Stimmen bei 13 Enthaltungen abgelehnt.

Vor der Schlussabstimmung gibt der Abg. Steinlopf (Soz.) folgende Erklärung ab:

„Die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat an der gegenwärtigen Vorlage unter Zurücksetzung schwerster Bedenken sachlich mitgearbeitet. Nachdem ihre Forderung auf grundsätzliche Beibehaltung des fortschrittlichen Besoldungssystems von 1920 abgelehnt war, hat die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei mit allen Mitteln versucht, das unsoziale Klassensystem der Besoldungsvorlage zu einem sozialen Gesetzentwurf umzugestalten. Dies ist ihr nicht gelungen. Die Regierungsparteien haben in den allermeisten Fällen, verführt durch die Fraktion der wirtschaftlichen Vereinigung, die Anträge der Sozialdemokraten ohne jede nähere Prüfung auch dann abgelehnt, wenn eine nennenswerte finanzielle Auswirkung nicht eingetreten wäre. So muß festgestellt werden, daß nun die Gestaltung der Vorlage allein von der Regierungspartei zu verantworten ist. Sie allein sind auch für den sozialen Rückschritt gegenüber dem Gesetz von 1920 verantwortlich. Andererseits läge gar nichts zutage, wenn die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion in der Endabstimmung dem vorliegenden Gesetzentwurf die Zustimmung verweigern würde. Die Beamten der unteren und mittleren Gruppen müßten dann auf die ihnen seit Jahren versprochene Erhöhung ihrer Bezüge noch länger warten. Dazu aber glaubt die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei

Deutschlands trotz aller von ihr nachhaltig bekämpften Mängel der Vorlage nicht die Hand bieten zu können. Sie stimmen deshalb der Vorlage in der Endabstimmung zu.“

In der namentlichen Schlussabstimmung wird das Gesetz mit 333 gegen 55 Stimmen bei 16 Enthaltungen des Zentrums angenommen.

Um 20:4 Uhr verläßt sich das Haus auf Donnerstag.

Die neue Regierung Braunschweigs

Die sozialistische Regierung gewählt.

Braunschweig, 14. Dezember. (Fig. Drahtbericht.) In der Mittwochsitzung des braunschweigischen Landtages wurde die neue sozialdemokratische Regierung gewählt. Dafür stimmten 23 Abgeordnete der Sozialdemokratie (ein Abgeordneter war erkrankt) und die bei der Kommunisten. Die übrigen Parteien enthielten sich der Stimme. Die Führer der bürgerlichen Parteien kündigten sofort scharfe Opposition an, während der Rechner-Kommunisten erklärte, daß sie die Verantwortung für die Bildung der neuen Regierung vor der Arbeiterkammer nicht übernehmen würden. Die KPD werde ihre Haltung von der Stellung der Regierung zu den Tagesforderungen abhängig machen.

Die Minister Japow, Steinbrecher und Stever haben die Geschäfte bereits übernommen. Japow wird die Vorsteh im Staatsministerium und das Finanzministerium übernehmen. Minister Steinbrecher wird das Innenministerium, während Stevers die Volksbildungs- und Justizministerium übernimmt.

Der Landesverratsunfug.

Anklageerhebung im Fall Dieck-Goldmann.

Berlin, 15. Dezember. (Fig. Funkbericht.) In dem Verfahren gegen den Major Dieck-Goldmann hat der Oberstaatsanwalt jetzt die Anklage erhoben. Der Anklage liegt nach dem Berliner Tageblatt folgender Tatbestand zu Grunde: „Goldmann, der in Wallin promoviert hat und während des Krieges als Reserveoffizier der Artillerie-Prüfungs-Kommission zugeteilt wurde, wollte seine Forschungen über Einwirkungsmöglichkeiten von einem Zentrumsmagdeburger an den amerikanischen Volkshaus und bot ihm die Dienste Goldmanns an. Die Korrespondenz über, die schon Jahre zurücklag, wurde bei Dieck gefunden. Die wurden verhaftet und sahen viele Monate in Haft. Die endlich erhobene Anklage stützt sich ebenso wie das ihr zugrundeliegende Gutachten des Reichswehrministeriums darauf, daß ein Verrat geheim zu haltender Dingen geschehen ist, jedoch erwarten war, daß die Angeklagten der Meinung sein könnten, daß Goldmann Geheimnisse, die ihm aus seiner Dienstzeit bekannt waren, verraten könnte. Das soll sich vor allem auf die Einwirkungsberechnungen des berühmten Langgeschütz beziehen, in dem Paris bombardiert wurde. Interessant ist dabei, daß die deutschnationale „Deutsche Zeitung“ kürzlich einer Artillerie die „Geheimnisse“ dieses Langgeschützes enthüllt hat, natürlich, ohne daß jemand, weder die Abonnierten, noch der Oberstaatsanwalt darauf irgendwie interessiert hätten.“

Die Kommunisten in Kanton geführt.

Zurückeroberung Kantons durch die Armee der Nanjingregierung.

London, 14. Dezember. (Fig. Drahtbericht.) Die letzten aus China eingetrossenen Meldungen belagen, daß die Kommunistenherzhaft Kanton nach heftigen Kämpfen gesichert worden ist und die Stadt sich jetzt wieder im Besitz der Antikommunisten befindet. Lediglich ein öffentliches Gebäude, in welchem die Führer der kommunistischen Bewegung von Kanton und ihre russischen Ratgeber Unterkunft gefunden haben, befindet sich noch in den Händen der Kommunisten. Ein Bericht über die Kämpfe belagt, daß die chinesischen Kanonenboote zum Sturz der kommunistischen Herrschaft vom Fluß aus mitgewirkt haben. Die Gelamtszahl der Verluste wird auf 3000 bis 4000 Menschenleben geschätzt.

Im englischen Unterhaus wandten sich bei der Debatte über die Nachtragsforderung für die in China stationierten Truppen zahlreiche Sprecher der Arbeiterpartei gegen die Aufrechterhaltung des Expeditionskorps in China. Die Arbeiterpartei wird gegen den Nachtragsetat für das Expeditionskorps in China stimmen.

Zum Staatsstreik von Oklahoma.

Oklahoma, 14. Dezember. Der Senat hielt heute eine Sitzung ab und nahm mit 29 gegen 12 Stimmen eine Entschädigung an, durch die er sich als in legaler Session befindlich erklärt. Zuvor der Zusammenkunft war die Erörterung der gegen den Gouverneur des Staates erhobenen Anschuldigungen. Es waren keine Truppen im Senatgebäude, da der Gouverneur bekanntgegeben hatte, daß er während der Session für geschwächt halte, aber den Senatoren gestatten wolle, als private Bürger zusammenzukommen.

Metrolenm.

Roman von Upton Sinclair.

Copyright 1927 by Malik-Verlag A.G., Berlin W. 50.

9]

(Nachdruck verboten.)

Dann kamen die Walter Blads; Herr und Frau Blad mit ihrem erwachsenen Sohn, die Besitzer des südwestlichen Teils; sie hatten auch Grundbesitz in der Stadt. Herr Blad trug einen karierten Anzug und an der Brust einen runden, runden, runden haumelnden Uhlertein ein. Herr Blad, ebenfalls rundlich, hatte dabei genau so schöne Kleider, wie Frau Groarty; doch bewies ihre Karrieren, daß sie es nicht nötig hatte, sie anzuziehen, um auf irgend ein Reißfeld zu gehen. Ihnen folgte Herr Dampers, ein Zimmermann, der in der Nähe der Orx-rtis an der Colorado-Straße eine kleine Hütte besaß. Herr Dampers war ein stiller kleiner Mann, mit gebogenen Schultern und von vieler Arbeit verkrümmten Händen. Er verstand sich nicht aufs Rechnen, und das Neue, das so plötzlich über ihn herein-gebrochen war, verwirrte ihn.

Bald darauf erschienen auch die Kaitels, ein äußerst vornehm junges Paar. Sie hatten den Wunsch, mit allen Renten auf zu setzen und waren sehr betrübt, weil es ihnen nicht gelingen wollte. Auch sie besaßen ein kleines Grundstück. Herr Hant kam, ein hagerer Mann mit einem Gesicht wie eine Nase und einer unangenehmen Stimme. Ihm gehörte das benachbarte Grundstück, und er hielt sich, weil er Goldgräber gewesen war, für eine Autorität in der Petroleumgewinnung. Nun folgte sein Freund, Herr Dibble, der Rechtsanwalt, der den abwesenden Eigentümer der nordwestlichen Ecke vertrat; Herr Dibble hatte sich auf die Sache nicht eingelassen, sondern hatte, nachdem er ein Rechtsanwalt werden konnte, bestanden hatte, bestanden hatte er kein mögliches getan, um den Nordteil vom Südteil abzutrennen und wurde daher von den Bewohnern des Südteils als Verräter betrachtet. Der nächste Groß Herr Saligty, gehörte zu den Besitzern der mittleren Grundstücke. Niemand konnte seinen Verstand, doch machte er durch seine Kleidung und seine kleinen Karrieren auf alle Einbrüche; er war ein Friedenshüter, sprach viel, mit einer reichen, glatten Stimme. Das Anglied war nur, daß man, wenn er verurteilt, ebenso lang war, wie zuvor.

Ein großes Auto brachte die Bramleys, ein wohlhabendes, altes Paar. Sie hatten die Kohlers mitgenommen, zwei kleine hübsche Schneider, mit denen sie sonst nur in der Schneider-

werkstätte gesprochen hätten; aber diese Ausländer besaßen zwei mittelgroße Grundstücke, und mit ihnen zusammen hatten die Bramleys Raum genug, um einen Bohrturm aufstellen zu können. Die Sinds kamen zu Fuß von ihrem Haus im Nordosten. Sie waren eingebildete Leute, ganz ohne Grund, denn sie hatten ein zweifelhafte Auto, das überdies drei Jahre alt war. Sie waren von Herrn Sohm begleitet, einem Statuteur, der in einer Garage auf dem kleinen Bauplatz neben den Sinds wohnte. Sein Heim war gar kein richtiges Haus, dennoch hatte er am allerlautesten gefordert, daß die Häuser auf Kosten des künftigen Pächters fertiggestellt werden sollten, ja, er hatte sogar eine Entschädigung für die von ihm gepflanzten Bohnen und Tomaten verlangt. Die anderen wollten ihn überstimmen, doch da er sich zur allgemeinen Befriedigung der kille Herr Dampers, der Zimmermann, und erklärte, die Forderung des Redners sei berechtigt, er selbst habe sieben Beete mit Getreide und Bohnen und sei der Ansicht, jeder Vertrag müsse einen Kaffus enthalten, wonach das Bohren zunächst an einer unbepflanzten Stelle vorzunehmen sei, damit die Gärtnerei Zeit hätten, den Profit ihrer Röhren einzubeheimsen.

Es war sieben Uhr dreißig, die für die Zusammenkunft verabredete Stunde. Alle blickten sich um, warteten darauf, daß der andere beginne. Schließlich erhob sich ein Fremder, ein langer Kerl mit schneidender Stimme, und stellte sich als Herr J. L. Merrivether vor, Rechtsanwalt der Familie Blad, der Besitzer der südwestlichen Ecke. Seinen Rat befolgend, wünschten keine Klienten eine kleine Änderung des Pachtrages. Änderung des Pachtrages? Der haken-geschäftige Herr Hant schmeckte auf. Wir waren doch übereingekommen, keine weiteren Änderungen vorzunehmen? Es handelt sich um eine ganz geringfügige Kleinigkeit, Herr.

Herr Hant war in einer Überstimmung hier sein, um den Vertrag zu unterschreiben. Es handelt sich um ein Detail, das in fünf Minuten erledigt sein kann.

Ein peinliches Schweigen, dann: Und welche Änderung verlangen Sie?

Es soll ausdrücklich erklärt werden, daß bei der Berechnung des Dividendenprozents der Grundstücke auf die gleiche Höhe gebracht wird, wonach Bohrer bis zur Mitte der angrenzenden Straßen reichen.

Was? Augen und Mäuler öffneten sich weit, ein mißbilligendes Murmel wurde laut. Woher leiten Sie diesen Anspruch ab? rief Herr Hant.

„Aus den Gesetzen des Staates Kalifornien.“

Diesem Kaffus stimme ich nicht zu!“ Ein Stimmenschrei unterbrachte Herrn Hant. „Freilich nicht. Wer hat schon so etwas gehört? Väterlich!“

Ich erkläre im Namen der Majorität,“ begann der alte Herr Bromley, „es gab kein derartiges Nebereinkommen, wir nahmen an, daß unsere Grundstücke so ausgemessen werden sollten, wie sie auf den Landkarten der Gesellschaft verzeichnet sind.“

Freilich, freilich!“ rief Frau Groarty.

Ich glaube, Frau Groarty,“ sprach Herr Dibble, der Rechtsanwalt, „daß sich, dank Ihrer Unkenntnis der Petroleumgesetze des Staates, ein unglücklicher Irrtum eingeschlichen hat. Die Verfügungen des Staates sind vollkommen eindeutig.“

„Selbstverständlich!“ fuhr ihn Frau Groarty an. Sie brauchen uns Ihre Ansichten gar nicht mitzuteilen, wir wissen alle, daß Sie ein Eadgrundstück besitzen und daß die Eadgrundstücke doppelt so viel wert sind.“

„So arg ist es denn doch nicht, Frau Groarty. Vergessen Sie nicht, daß Ihr eigenes Grundstück sich bis zur Mitte des Los Robles-Boulevards erstreckt wird, der achtzig Fuß breit ist.“

„Ja, aber das Ihre wird sich außerdem bis zur Mitte des Nebenstraßen.“

„Ja, Frau Groarty, doch ist die El Centro Avenue nur sechzig Fuß breit.“

„Das Ganze bedeutet, daß Sie Ihr Grundstück auf fünf- undneunzig Fuß vergrößert haben, statt der fünfundsiebzig Fuß, wie wir es erwarteten, als wir uns damit einverstanden erklärten, daß die größeren Grundstücke einen größeren Anteil erhalten sollten.“

„Und das wollten Sie uns untergeschrieben lassen!“ brüllte Herr Hant. „Auf diese Art wollten Sie uns hineinlegen!“

„Meine Herren, meine Herren!“ brüllte die Stimme des Herrn Groarty, des Friedensstifters, auf.

Wir wollen uns die Sache einmal klar machen,“ meinte Abe Dillier, der Schneider. „Die Colorado-Straße ist nicht so breit wie der Los Robles-Boulevard, deshalb erhalten wir von der Dillier weniger Geld als die anderen.“

Der Unterschied ist gering,“ warf Herr Merrivether ein. „Sie können ausrechnen, daß...“

Freilich kann ich ausrechnen. Wenn aber der Unterschied so gering ist, weshalb wollten Sie dann unseren Vertrag umhagen?“

„Eines kann ich Ihnen jetzt schon sagen,“ brüllte Herr Hant. „Ich werde diesen Vertrag nicht unterschreiben.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Stahlhelmvorfälle von Arensdorf.

In Arensdorf wird jeder Andersdenkende mißhandelt.

Frankfurt a. O., 14. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) In der Verhandlung des Arensdorfer Prozesses unternahm die Verteidigung den schon am Dienstag angedeuteten Angriff auf die Unwürdigkeit des Anklagenwortes, der die belästigenden Bekundungen über den Ruf des Schmelzer gemacht hatte: „August, nun mal ran mit der Waffe!“ Der Lehrer Köster und der Hauptlehrer Hübner geneigt, dem Jungen keine große Glaubwürdigkeit beizulegen.

In den folgenden Vernehmungen stellte immer wieder ein Polizeibeamter die Rolle, das angeblich mit einem Reichsbanner geschmiedet war und nach der Schießerei durch Arensdorf August Schmelzer hatte mit dem Kolben seines Gewehrs auf den Notaradjahler eingeschlagen und den Mitfahrer auf den Kopf geschlagen. Darauf soll dieser Mitfahrer aus einer Kasse rückwärts geschossen haben. Weiter hat sich dieser Mann gemeldet, so daß eine Vernehmung nicht stattfinden konnte. Ein weiteres Zeugnis steht aber doch die völlig unbeteiligten Personen, die nach dem Zwischenfall Arensdorf passierten, den aufgeregten Arensdorfern mit Schreien und Schreien und gar mit dem Gewehrkolben angedroht worden sind. Ein junger Mann, namens Graf, der als Metzger in Arensdorf beschäftigt war, erzählt die Umstände über den Vorfall, den August Schmelzer mit der Waffe machte, insbesondere über die Verhinderung, ihm die Pistole zu zeigen. Er sagt ausdrücklich, daß der Vater nicht neben dem Schmelzer ging und nichts unternahm, um ihn vom Schießen zurückzuhalten. Der Verteidiger Jöhles aus Frankfurt fragt den Zeugen, warum denn er selber, der doch in der Nähe war, nichts unternommen habe, um die Waffe unschädlich zu machen. Darauf antwortete er wörtlich:

„Ja, leben Sie einmal in diesem Dorfe als Fremder, und dann nehmen Sie mal die Pistole weg, wenn das ganze Dorf hinter Ihnen her ist, bei der Vernehmung, die da herrscht. Ich wäre hier nicht hier, ich wäre längst tot geschlagen, wenn ich den Versuch unternommen hätte; denn die Leute haben ja alle auf die Reichsbannerleute losgeschlagen ohne Grund. Wenn ich als Einzelner und Fremder da etwas unternommen hätte, so wäre ich nicht mehr lebend hierher gekommen.“

Wenn ich mit Schmelzer allein gewesen wäre, hätte ich ihm zwei Gewehre weggenommen, aber in dem großen Haufen war das unmöglich.“ Der Zeuge behauptete schließlich, daß jeder anders Gelesene in Arensdorf verpöndelt würde. U. a. habe man kürzlich erst einen dem Stahlhelm nicht geneigten Mann nachts im Bett aufgesucht und ermordet.

Von besonderem Interesse gestaltete sich die Vernehmung des älteren Arbeiters, namens Balke, der zunächst, als die meisten Arensdorfer Zeugen, ziemlich zurückhaltend ausginge, dann aber auf Vorhalt des Rechtsanwalts Julius Berger, daß er doch bald nach der Tat einem Redakteur einer Berliner Zeitung nähere Angaben gemacht habe, Einzelheiten herauskam. Der alte Schmelzer habe — so führte er aus — gesagt: „Sagst doch die Sache mit“ Er, Balke, hätte Angst, daß man ihm selber noch etwas antun würde. Rechts-

anwalt Bloch will den Zeugen in Verlegenheit bringen und sagt: „Ist denn Ihr Sohn nicht Mitglied des Reichsbanners?“ Ja, antwortete der Zeuge, „er ist drin und ich habe wiederholt versucht, ihn davon wegzubringen, aber er folgt mir ja nicht.“ Vorsitzender: „Ja, warum denn, es ist doch keine Schande, im Reichsbanner zu sein.“ Zeuge: „Das nicht, aber da wird er doch fortwährend bei der Arbeit schikantiert, geschlagen und überfallen.“

Die Mühle haben sie ihm schon mehrfach weggenommen, und das braucht er doch nicht zu haben. Deswegen habe ich gesagt, er solle aus dem Reichsbanner rausgehen.“ Weiter meinte der Zeuge, es sei überhaupt irreführend, wie in Arensdorf die andersdenkenden Bewohner terrorisiert würden. Als nach dieser Richtung hin weiter gefragt wird, stellt der Vorsitzende fest, daß man allzu tief nicht in die Materie einzufreten brauche, denn es stehe ja wohl einwandfrei fest, daß eine gewisse politische Berührung stattgefunden habe.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wird auch der junge 19jährige Schmiedegeselle Hönow vernommen, der einzige aus dem Ort, der es gewagt hatte, den Versuch zu machen, dem Stahlhelmsmann August Schmelzer die Pistole zu entreißen. Er sagt, Schmelzer hätte ihn mit den Füßen gestoßen, ihn angepöbelt und gesagt: „Die haben mich blutig geschlagen, also schließ ich damang!“ Er, Hönow, habe um Hilfe gerufen, man solle doch die Pistole wegnehmen helfen. Darauf hätten mehrere Stimmen gerufen: „Ach, laß doch den Wahnsinnigen laufen!“ Der Vorsitzende stellt sofort fest, daß dieser Zeuge, der seine Aussagen mehrfach vor dem Untersuchungsrichter fast immer übereinstimmend gemacht habe, bis dahin niemals das Wort „Wahnsinnigen“ gebraucht habe. Der Zeuge bleibt aber dabei, dieses Wort damals angewandt zu haben, der Untersuchungsrichter hätte es nur nicht ins Protokoll geschrieben. Eine Aufklärung darüber ist nicht möglich. Wahrscheinlich wird jetzt der Untersuchungsrichter noch einmal vernommen.

Den Schluß der Mittwoch-Verhandlungen bildete die Vernehmung der Geschwister des Angeklagten Schmelzer, die von seinen angeblichen Lohndruckfällen dramatische Schilderungen zu geben versuchten. Besonders die ältere Schwester behauptete, er sei bei jeder Kleinigkeit in Familienzwistigkeiten und dergleichen so erregt, daß er alsbald anfangen zu zittern, mit Gewalttätigkeiten drohe, und nachdem die Aufregung darüber sei, pflege er sich ins Bett zu legen und zwei bis drei Tage durchzuschlafen. Auf die Frage der Sachverständigen, ob er während dieses langen Schlafens Nahrung zu sich nehme, behauptet diese ältere, sehr verheiratete Schwester, wenn man ihm Nahrung hinstelle, ließe er sie stehen und nehme nichts zu sich. Auf die weiteren Fragen, ob er während dieses Schlafes sich etwa verunreinige, erklärte die Schwester, davon sei ihr nichts bekannt. Die jüngere Schwester dagegen, die sonst ziemlich gleichlautend auslagte, meinte, von zwei bis drei Tagen Durchschlafen sei keine Rede. Er stände zwischen durch immer wieder mal auf und lege sich dann wieder hin. Er nehme wohl auch während dieser Zeit Nahrung zu sich. Hierüber sollen zunächst am Donnerstag die Sachverständigen gehört werden, so daß dann im weiteren Verlauf des Donnerstag noch die restlichen Zeugen vernommen werden können. Am Freitag wird dann wahrscheinlich mit den Wälders beginn. — Die in Aussicht genommene Sakalbeschäftigung scheint aufgegeben zu sein.

Letzte Nachrichten.

Feuer in einem Waisenhaus.

100 Kinder tot.

Quebec, 15. Dezember. (N. T. N.) Bei einer Feuersbrunst, die in den St. Charles-Hospiz ausbrach, kam eine große Anzahl Waisenkinder in den Flammen um. Das Feuer brach in der zweiten Etage des vierstöckigen Gebäudes aus, das mit 500 Kindern besetzt war. Man schätzt die Zahl der Toten auf 100. 60 Leichen wurden schon gefunden. Eine ganze Anzahl Kinder wird noch vermisst.

Die Regierungsbildung in Hamburg

Vor einem Kompromiß in der Regierungsfrage.

Hamburg, 14. Dezember. Nach langwierigen Beratungen stehen die Verhandlungen über die Neubildung des Hamburger Senats vor dem Abschluß. Die Verständigung wird in der Weise erfolgen, daß die Zahl der Senatoren von 15 auf 12 herabgesetzt wird. Davon entfallen 8 auf die Sozialdemokraten, je 3 auf Demokraten und Deutsche Volkspartei. — Die Sozialdemokraten scheinen vorläufig auf den Voten des ersten Bürgermeisters zu verzichten. Zweiter Bürgermeister soll der Präsident der Bürgerchaft und Präsident der Volkshochschule, Koch, werden. Sonach würde erster Bürgermeister vorläufig der Demokrat Dr. Carl Petersen bleiben.

Der Kampf um die Lohnsteuerentung.

Die Kompromißverhandlungen bisher vergeblich.

Berlin, 14. Dezember. (Eigener Bericht.) Die Beratungen des Steuerausschusses des Reichstages über die Entung der Lohnsteuer sind auch am Mittwoch ohne Ergebnis geblieben. Die Reichsregierung hält an ihrer Vorlage fest, wird aber dabei von den Regierungsparteien nicht gedeckt. Das Zentrum steht in ihrer Erfüllung der Vorlage, während der Deutschen Volkspartei die Vorlage sogar zu weit geht und die deutschen nationalen überhaupt keinen festen Standpunkt vertreten. Die Deutsche Volkspartei will die Mehrerträge aus der Lohnsteuer zur Senkung der Steuern der hohen Einkommensempfänger benutzen. Eine weitere Schwierigkeit besteht in der Haltung des Reichsrats, dem die Vorlage der Reichsregierung ebenfalls zu weit geht. Aus dieser Meinungsverschiedenheit leitet die Reichsregierung die Verpflichtung ab, eine Vorlage zustande zu bringen, der der Reichsrat nicht widerspricht. Der Reichsrat aber will nur eine geringfügige Erhöhung der Familienmäßigkeit zugelassen und den Gesamtvertrag der Lohnsteuer auf mindestens 1300 Millionen hinausschieben. Dem widersteht sich bisher das Zentrum, so daß nicht zu sehen ist, wie eine Mehrheit für die Vorlage der Reichsregierung geschaffen werden kann.

Am Mittwoch-Nachmittag haben Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien stattgefunden, deren Ergebnis nicht bekannt gegeben worden ist. Von diesen Verhandlungen wird es abhängen, ob die Senkung der Lohnsteuer überhaupt noch vom Reichstag beschlossen wird. Einem großen Teil der Regierungsparteien und auch der Reichsregierung wäre es nicht besonders unangenehm, wenn die Vorlage weiter würde. Denn, da es sich um die Steuerlasten der unteren Volksmassen handelt, macht ihnen die Reuegestaltung der Lohnsteuer keine Sorge. Die Sozialdemokratie ist entschlossen, die Vorlage, die das Aufkommen der Lohnsteuer auf 1200 Millionen Mark beschränkt, mit allen Kräften zu verteidigen und den Lohnsteuerzahlern die Ermäßigung ihrer Steuerlast zu verschaffen, auf die sie einen gesetzlichen Anspruch haben.

Berlin, 15. Dezember. (Eig. Funktbericht.) Die interfraktionellen Verhandlungen über die Heraushebung des steuerfreien Lohnbetrages sind — wie die Regierungspresse übereinstimmend meldet — ergebnislos verlaufen. Die Verhandlungen sollen deshalb am Donnerstag fortgesetzt werden. Vorher wird sich das Zentrum in einer Fraktionsstimmung mit dem Regierungsentwurf beschäftigen.

Wertwürdige Zustände

im kleinsten deutschen Lande.

Neu-Strelitz, 15. Dezember. (Eigener Funktbericht.) Der Landtag von Mecklenburg-Strelitz hat am Mittwoch mit 18 gegen 15 Stimmen einen Antrag angenommen, wonach die Wölfschen und die Deutsche Volkspartei je ein Mandat gewinnen. Der Beschluß basiert darauf, daß die Wahlrechnung dem Verhältniswahlsystem nicht gerecht werde. Die Regierung und die Deutschen nationale Volkspartei haben erklärt, daß sie den Staatsgerichtshof anrufen werden. Die Regierung hat weiterhin erklärt, daß sie die Beschlüsse des Landtages nicht anerkennen werde, da er verfassungswidrig zusammengesetzt sei. Ein Mißtrauensantrag der Sozialdemokratie hat alle Aussicht auf Annahme. Wertwürdigerweise ist die Haltung der Demokraten, die mit den Deutschen nationalen durch die und Dinn gehen, während die Deutsche Volkspartei in Opposition gegangen ist. Das wird für die kommende Regierungsbildung von Bedeutung sein.

Fortschritte der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Berlin, 14. Dezember. Die in Warschau geführten deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen sind, wie in Berliner unterrichteten Kreisen verlautet, zu einem gewissen Abschluß gelangt. Der deutsche Delegierte Reichsminister a. D. Hermes ist in Berlin eingetroffen, um Bericht zu erstatten und neue Instruktionen einzuholen. Es wird erwartet, daß die Einzelverhandlungen im Januar beginnen werden.

Die Gutsbezirke erledigt.

Kein Einspruch des preussischen Staatsrats.

Berlin, 14. Dezember. Im preussischen Staatsrat wurde heute in namentlicher Abstimmung mit 43 gegen 29 Stimmen beschlossen, gegen die vom Landtag angenommene Teilreform der Gemeindeordnung, die insbesondere die Aufhebung der Gutsbezirke vorsieht, keinen Einspruch zu erheben. Der preussische Staatsrat erhob in seiner heutigen Sitzung gegen die preussische Besoldungsvorlage keine Einwände, so daß damit die Besoldungsvorlage endgültig in allen Instanzen erledigt ist.

Keine Truppenansammlungen an der Wilnagrenze.

Genf, 14. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die englischen, französischen und italienischen Militäraustragen in Warschau und Kowno, die auf Befehl des Völkerbundsrates die Grenzschleier in der Wilnagrenze zu weichen zu lassen hatten, haben ihre Aufgabe beendet und, wie verlautet, an Brian Bericht erstattet. Sie versichern, daß die alliierte Ordnung keine Truppenansammlungen stattgefunden haben.

Der neue Etat vor dem Landtag

Die Etatsdebatte des preussischen Finanzministers.

Berlin, 14. Dezember. Auf der Tagesordnung der Mittwoch-Verhandlung des preussischen Landtages stand zunächst die erste Beratung des Haushaltsvoranschlags für 1928.

Finanzminister Dr. Hüptner-Wischoff: Der Preussische Staatshaushalt hat sich in seinen absoluten Zahlen seit Befestigung der Währung folgendermaßen gestaltet: 1924 Einnahme 1439 Millionen Ausgabe 1167 Millionen, Ueberschuß 272 Millionen. Im Jahre 1924 waren die Steuern auf Grund der Notverordnung über das für die Wirtschaft ertüchtigte Maß hinaus angepaßt und alle Ausgaben gedroht; 1925 Einnahme 1414 Millionen, Ausgaben 1635 Millionen, Fehlbetrag 221 Millionen, hauptsächlich entstanden durch Nachholung der 1924 unterbliebenen Ausgaben; 1926 Einnahme 1345 Millionen, Ausgabe 1366 Millionen, Fehlbetrag 21 Millionen. Der Haushalt für 1927 sollte nach dem Voranschlag mit 1398 Millionen belasteter. Nach der gegenwärtigen Schätzung werden die Einnahmen 1438 Millionen betragen, die Ausgaben 1501 Millionen, der Fehlbetrag 63 Millionen. Der Haushaltsvoranschlag für 1928 sieht eine Einnahme von 1524 Millionen und eine Ausgabe von 1598 Millionen vor, Fehlbetrag 73,5 Millionen. Die Steuereinnahmen betragen in diesen fünf Jahren 1252, 1280, 1328, 1341 und nach dem Voranschlag 1419 Millionen. Das Steigen der Steuereinnahmen entspricht der normalen Entwicklung der Wirtschaft, eine Erhöhung der Steuersätze ist darin nicht enthalten. Die Betriebsüberschüsse des preussischen Staates betragen in den Vergleichsjahren 107 Millionen, 41 Millionen, 28 Millionen, 66 Millionen und nach dem Voranschlag 63 Millionen. Die Betriebsüberschüsse waren natürlich viel höher, als Preußen nach nicht seine Eisenbahn dem Reich für Reparationszwecke hatte übergeben müssen. Die außerplanmäßigen Ausgaben betragen im Jahre 1924 87 Millionen, hauptsächlich für Folgen des Ruhrkrieges, 1925 253 Millionen, hauptsächlich für Erwerbslosenunterstützung, 1926 101 Millionen, hauptsächlich für Hochwasserlöschung, und 10 Millionen für die hohenzollernische Abfindung, 1927 60 Millionen. An Anleihen hat Preußen 3 innere und zwei amerikanische Anleihen aufgenommen. Aus Anleihemitteln sind 358 Millionen Mark Ausgaben bestritten worden und 343 Millionen Mark eingenommen. Die Anleihen erfordern eine effektive Verzinsung von 6,7 bis 8,3 Prozent. Verwendet wurde der Erlös nur für produktive Zwecke, für die Domänen, die Meliorationen, den Ausbau der Elektrizitätswerke, der Häfen und Bergwerke, ferner für den Häuserbau und 40 Millionen für die Verflüchtigung des Kapitals der Preussische. Auf dem Gebiete der Meliorationen leistet wir jetzt tatkräftigere und entschlossener Arbeit als jemals vor dem Krieg. (Bravo links!) Ueber die Schwierigkeiten, die bei Preußens amerikanischen Anleihen entstanden sind, möchte ich im Plenum nicht ausführlich sprechen. (Sitz, hört!) Ich will nur hervorheben, daß der produktive Zweck der Anleihen und die Finanzkraft des preussischen Staates von niemandem, auch nicht vom Reichsbankpräsidenten, irgendwie bezweifelt worden ist.

Im Jahre 1927 hätte ohne die Besoldungserhöhung der preussische Etat einen nicht unerheblichen Ueberschuß ergeben. Denn gegenüber dem Voranschlag ergaben die Betriebsüberschüsse 16 Millionen mehr, die Steuererwerbungen des Reiches 12 Millionen mehr, die Hauszinssteuer ein Mehr von 4,8 und die Grundsteuer ein Mehr von 1,3 Millionen. Insgesamt hätte der Mehreingang an Steuern 20 Millionen und die tatsächliche Verbesserung des Abflusses gegenüber dem Voranschlag 50 Millionen ergeben. Dazu kam eine Minderausgabe von 50 Millionen Mark, hauptsächlich durch Erparnis des Innenministeriums bei der Polizei. Dem stehen jedoch gegenüber 102 Millionen neue Besoldungsausgaben und 60 Millionen außerplanmäßige Ausgaben, so daß wir jetzt mit einem Fehlbetrag von 62 Millionen rechnen, der aber hoffentlich noch etwas ermäßigt wird.

Unter Abzug aller durchlaufenden Posten steht der gereinigte Budgetetat für 1928 so aus: Einnahmen 2100 Millionen, Ausgaben 2232 Millionen. Die Einnahmen zerfallen in vier große Posten: Ueberweisungen durch das Reich 861 Millionen, mehr als im Vorjahr 85 Millionen; eigene Steuereinnahmen 576 Millionen, mehr als im Vorjahr 45 Millionen, hauptsächlich Hauszinssteuer; Betriebsüberschüsse 244 Millionen; Verwaltungseinnahmen der Selbstverwaltungen 488 Millionen. Bei den Ausgaben erfordert die Besoldung mehr 205 Millionen, die Erhöhung des Ortszuschlages 9 Millionen, die Geschäftsbedürfnisse 15 Millionen infolge Erhöhung der Mieten und des Portos, die Schulausgaben 20 Millionen, infolge Steigerung der Kinderzahl — diesen Betrag sparen die Gemeinden —, die Fürsorgeerziehung 10 Millionen und die Verzinsung der Staatsschuld 11 Millionen. Das Gleichgewicht im Etat wird nur durch höhere Ueberweisungen vom Reich oder rückständige Abstriche zu erreichen sein.

Für den Wohnungsbau stellen wir im Jahre 1928 587 Millionen bereit. Es wurden gebaut: 1924: 77 000, 1925: 55 000, 1926: 93 000 und 1927: 129 000 Wohnungen. Im kommenden Jahre werden wir der Wohnungsnot noch wirksamer entgegenzutreten und hoffen dabei auf die weitere Hilfe der Sparkassen und der öffentlichen Pfandbriefanstalten.

Im allgemeinen sind die Finanzen Preußens durchaus fest und gesund. Wir hoffen, in gemeinsamer Arbeit mit dem Landtag Preußen diese feste Grundlage zu erhalten. (Beifall bei den Mehrheitsparteien.) Die Etatsdebatte beginnt am Donnerstag. Dann werden noch kleine Vorlagen erledigt. U. a. werden die Anträge des Landwirtschaftsausschusses auf Förderung der landwirtschaftlichen Produktion durch Moor- und Deblandkultivierung zur Erweiterung der Anbauflächen und Ausbau des ländlichen Volksschulwesens angenommen.

Nach kurzer Debatte wird sodann der Gesetzentwurf über den Ausbau des Stettiner Hafens in zweiter und dritter Lesung nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen.

Es folgt die Besprechung der Ausschlußberichte über die Notverordnung des Staatsministeriums betr. den Staatsvorbehalt bei Steinkohlen- und Erdölvorkommen. Die Verordnung wird mit den Stimmen der Regierungsparteien gegen Rechtsparteien und Kommunisten angenommen.

Hierauf verlegt sich das Haus auf Donnerstag, den 15. Dezember.

Der Vertrag Englands mit dem Irak.

London, 15. Dezember. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt: Der gestern abend unterzeichnete Vertrag zwischen England und dem Irak sei in sehr allgemeinen Uebungen gehalten und sehr unter gewissen Bedingungen die Beendigung des britischen Mandats und den Eintritt des Iraks in den Völkerbund im Jahre 1932 vor.

Auflösung der Studentenschaften an den Handelshochschulen.

Amlich wird mitgeteilt: Da die Studierenden an den drei preussischen Minister für Handel und Gewerbe unterliegenden Hochschulen die Selbstverwaltung abgelehnt haben, sind die Studentenschaften ebenso wie an den übrigen preussischen Hochschulen durch besondere Verordnung aufgehoben worden.

Vorläufiges Inkrafttreten des Handelsvertrags mit Jugoslawien.

Belgrad, 14. Dezember. Nach Vereinbarung zwischen der deutschen und der jugoslawischen Regierung kommt der deutsch-jugoslawische Handelsvertrag bereits am 20. d. Mts. zur vorläufigen Anwendung. Endgültig wird der Handelsvertrag nach dem nächst zu erwartenden Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft treten.

Stadttheater
 Donnerstag
 20 bis geg. 22.30
 „Mona Lisa“
 Freitag
 21 bis geg. 22.15
 8.30, 10.30, 12.15
 „Der Liebestrank“
 Sonnabend
 20 bis geg. 22.30
 „Allegretto“

Schauspielhaus.
 Operettenabtlg.
 Tel. Stephan 36300.
 Täglich 20 Uhr:
 „Eine Frau von Formel“

Sonntag 15^{1/2} Uhr:
 „Gräfin Mariza“
 Spielplan der
 Weihnachtsfeiertage:
 Nachmittags:
 Sonntag, 25. Dez., 15^{1/2} Uhr:
 „Die Försterchristel“
 Montag, 26. Dez., 15^{1/2} Uhr:
 „Gräfin Mariza“
 Dienstag, 27. Dez., 15^{1/2} Uhr:
 „Das Dreimäderlhaus“

Abends:
 Sonntag, Montag, Dienstags,
 20 Uhr:
 „Eine Frau von Formel“

Lobe-Theater
 Tel.: Ring 6774.
 Täglich 20 Uhr:
 „Schinderhannes“
 von Carl Zuckmayer.
 Sonnabend, d. 17. Dez.
 Sonntag, den 18. Dez.
 15.30 Uhr
 Zu kleinen Preisen
 Christliches Märchenwald
 von Carl Bahr.

Thalia-Theater
 Tel.: Ring 6700.
 Täglich 20 Uhr:
 „Anatol“
 v. Arthur Schnitzler.
 Sonnabend, d. 17. Dez.
 Sonntag, den 18. Dez.
 15.30 Uhr:
 Zu kleinen Preisen:
 Scherenschnitt und Rosenrot
 von Robert Böhme.

Liebling
 Theater
 Täglich 20 Uhr:
 „Das große
 Dez.-Progr.“

Nur 23. Dez. Täglich
 bis 8 Uhr
**Exotische
 Nächte**
 Opium Laster
 Dasso Brutale
 Dance nue (nackt)
 sind die neuen
 in der Revue
 Revue Welt steht
 Kopf 25
Victoria
 Theater Ring 2297

Nur 22. Dez. Täglich
 bis 8 Uhr
Wie einst im Mai
 Musik von W. Kollo.
 Revue: 20
 Bilder: 30
Circus Schau
 Gut geheißt
 Kundenkarten bis
 22. Dezember gültig.

Reife
 in Serge, Kitzel, Weinwand,
 Hermelin u. Mohaar
 sehr billig
 Nr. 2 Wl., Garn 1000 Wl.
 25-50 Wl., Plais-Schnit-
 tel 100 Paar 2-8 Wl.
 Knöpfe Dugend 3-10 Wl.
 Reifelle Kugel 13 Wl.
 1 Dole Erdat 15-90 Wl.
 alles prima Ware
 Detail and En gros
Bertold Lippert
 Seinerstraße 16
 Altona Oberstraße 17
 und Melkergasse 43.

Herr- u. Dam.-Uhren
 Armbanduhren billig
 Leihhaus
 Trebnitzer Straße 21.

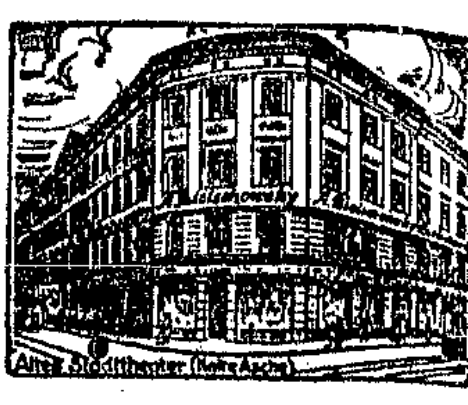
Parteilreunde
 kauft an Bahnhöfen,
 verlangt in Hotels,
 Restaurants, Cafés
 stets die
Volkswacht

Unerhört billige Preise

Damen-Konfektion

Ueberzeugen Sie sich bitte von unserem
 außergewöhnlich günstigen Angebot!

Modehaus
A. Bielschowsky
 Inh.: K. Grzesik
Nur Ohlauer Straße 35
 Ecke Taschenstraße



Sonntag, den 18. Dezember von 1^{1/2} - 6 Uhr geöffnet!

Berücksichtigt unsere Inferenten!

Donnerstag · Freitag
 Sonnabend
Sonder-Angebot

Hasen 275
 Rücken oder zwei
 Keulen brätterig ge-
 spickt, die stärksten
Brat-Gänse Pfund 90
 von 90 Pf an

Geld ~ Geld
 wenn Sie Ihren
Weihnachtsbraten

bei
Herbert Böhm
 einkaufen.

Weshalb?
 Weil Sie dort
 Eine Riesen-Auswahl
 sowie beste Qualitäten
 zu fabelhaft billigen Preisen
 vorfinden.

Deshalb
 auf nach der
Gartenstraße
62

Achten Sie auf die Hausnummer!
 Telefon Ohle 324 / Telegr.-Adr. Wildböhm
 Bestellungen sofort per Auto
Sonntag ist mein Geschäft geöffnet!

O diese Mädels
 O diese Jungens
 je 10 lustige Kinderstreiche



mit vielen Bildern nach
Wilhelm Busch
 kartoniert jeder Band
nur 70 Pf.

Volkswacht-Buchhandlungen
 Neue Gruppenstr. 5 * Neue Taschenstr. 11



Wer in treuer
 Pflichterfüllung



trotz Regen und Schnee, türkischem
 Nebel und eisiger Kälte seiner Ar-
 beit Tag für Tag nachgehen muß,

wer unter allen Umständen auf
 seinem Posten ausharren muß,
 darf nie vergessen, daß die Ge-
 sundheit sein höchstes Gut ist.

Einige Wybert-Tabletten im Munde
 schützen den Rachen vor Erkäl-
 tung und Infektion und wirken
 wie Balsam auf die Atmungs-
 organe.

Wybert-Tabletten stillen den Durst,
 kühlen Kehle und Mund dauernd
 frisch, verderben weder die Zähne
 noch den Magen und bewahren Sie
 vor Ansteckung und Unbehagen.

Wybert

1 Mark
 in Apotheken und Drogerien



Bräuer's Festsäle
 Gebitzstraße 22
 Inh. Paul Graeser
 Heute Donnerstag sowie jeden Sonntag:
Gesellschaftstanz
 Saxo-Jazz-Orchester 14474



Berufsbekleidung
Oskar Dehmel
 Breslau, Neumarkt 45.

3 Büchel
 zusammen für 40 Pl.
 Balzac, Elixier des langen Lebens
 2 Rokoko-Novellen
 3 alldeutsche Märchen
Breslau
 Neue Gruppenstraße 5,
 Neue Taschenstraße 11.

Druckerei Volkswacht
 Breslau 2, Bluckstraße 4/6

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 15. Dezember.

Breslau im Staatsrat.

Die Breslauer Eingemeindungsfrage wurde gestern als erster Punkt der Tagesordnung behandelt. Genosse Seibold vertrat als Berichterstatter des Gemeindeausschusses, gegen die Eingemeindungsfrage Einwendungen nicht zu erheben. Freiherr Capl (deutschnational) brachte namens der Arbeitsgemeinschaft (Deutschnationalen und Volksparteier) einen Antrag ein, nach dem die Eingemeindung nicht stattfinden sollte. Er behauptete, die Eingemeindung gehe zu weit, seine Freunde hätten alle Berufung, die Eingemeindung sorgfältig zu prüfen, ob nicht eine für die Großstadtentwicklung allzu weitgehende Eingemeindungspolitik getrieben werde. Der deutschnationale Antrag wurde mit 28 Stimmen der Linken und des Zentrums gegen 25 Stimmen der Rechten abgelehnt. Die Regierungsvorlage wurde darauf gegen die meisten Deutschnationalen (einige Deutschnationalen stimmten mit der Mehrheit) angenommen.

Die Vorlage geht nunmehr an den Landtag, der sich bei seinem Wiederzusammentritt im Januar damit beschäftigen wird.

Der Christbaum- und Weihnachtshandel

Im zahlreichem Straßenstellen und Plätzen seine Stände aufgeschlagen. Am Neumarkt, auf dem Christophorplatz, dem Blicher- und Königsplatz und so ziemlich in allen Vorstädten, sind kleine Tannenwäldchen entstanden, tanneudurchbüschelte Däner inmitten der Großstadtsteinküste. Wenn man aber nach den Preisen der Tanne fragt, dann — o Schreck! — stellt es sich heraus, daß dieses Jahr die Christbäume weit teurer sind als im vorigen Jahr. Ein dürftiges Tannendäumchen in mäßiger Höhe kostet etwa 2 Mark und die Tannen stehen noch bedeutend teurer im Preise.

Die Händler erklären, daß zu viel Frucht und Zoll auf den Tannen liege und daß sie selbst dieses Jahr teurer einkaufen mußten. Auch die Zufuhren sind nicht allzu groß gewesen und mehrere Zufuhren seien kaum zu erwarten. Es wird also manchem proletarischen Familienvater oder gar Erwerbslosen recht schwerfallen, einen einigermaßen wirkungsvollen Baum zu erwerben. In der Nachbarschaft der Baumhändler haben sich andere Weihnachtsvorkäufer angesiedelt, die Spielzeug, Schokolade, Baumzweige und anderes feilbieten.

Einzelne dieser Händler sind wahre Virtuosen im Anpreisen ihrer Waren. Hier Tafeln Schokolade und noch dazu einen Konfektart, und das alles für eine einzige Mark — „ja, meine Herren, wer da noch nicht kauft, der ist beschränkt, der hat wenig Geisteszucht.“ Jureden hilft bekanntlich, und so finden sich genug Leute, die auch dem Straßenhändler etwas ablaufen. Währenddessen lehnt da und dort ein Blindler an der Mauer, um den Vorübergehenden Schnürsenkel und Schuhkreme anzubieten. Über die meisten Leute hasten und jagen so eilig vorbei, daß sie an armen Blinden kaum wahrnehmen.

Warme Straßen.

So etwas gibt es jetzt auch in Breslau. Seit Inbetriebnahme des Fernheizwerkes bleibt nämlich überall in den Straßenteilen, wo die Heizröhren verlegt sind, kein Schnee mehr liegen. Selbst bei Frostwetter taut der Schnee bald weg und so kann man wahrnehmen, daß eine Seite der Straße Glätte aufweist, während die andere Seite, in der die Leitung liegt, Laumetter oder überhaupt gar kein Schnee liegt. Ganz genau kann man den Lauf der Leitung verfolgen, die vom Luitplaz durch die Zimmerstraße in die Gartenstraße einmündet, in dieser rechtsseitig bis zur Agnesstraße geht, hier die Gartenstraße überquert und dann auf der linken Seite weiterführt. Selbst jede Abweigung, wie die in die Lauenhagenstraße oder in irgend ein Grundstück, ist bei Schneewetter genau zu erkennen. Auch die eisernen Schachtel lassen an dem Ort, an dem sie aufsteigenden Dampf erkennen, daß unter ihnen eine geeignete Wärmequelle in Tätigkeit ist.

Die Geschäftsleute, die sich während des Baues der Fernheizanlage so geschäftig glaubten, daß sie Entschädigungen von der Stadt forderten, erleben also jetzt eine Begünstigung, denn vor ihren Geschäftslokalitäten werden sich kaum noch verkehrshindernde Schneemassen aufstürmen.

Theater und Musik.

Stadttheater.

Humperdinck: „Hänsel und Gretel“.

Am die Weihnachtzeit regt sich besonders mächtig im Märchenwald, der die Phantasie der zahllosen Dichtlinge zu Märchen hat. Ihre Märchenstücke, bunt und schillernd, versinken rasch in Vergessenheit, wie sie auf der Bildfläche erschienen. Die kommt es nur, daß sich gerade Humperdincks Märchenoper bis auf den heutigen Tag frisch erhalten konnte und nach wie vor klein und groß angeht? Glücklich war zunächst die Wahl des Stoffes. Wer könnte sich der herzigsten und schlichsten Geschichte von beiden treuen, im dunklen Walde verirrtten Geschwister, entbehren, die jeder Gefahr trotzend, selbst den Kampf mit der hinterlistigen Anpöcherin nicht scheuen? Nichts vermag sich besser in die Kinderseele einzuschmeicheln als dieser ungekünstelte Trost, dieser wunderliche Waldeszauber. In der Musik, der es gelang, die musikalischen Erzeugnisse Wagners und die gemütvoll-einfache des Volks- und Kinderliedes in sich zu vereinen, die Regeln sich die Gesetze treu wieder. Gewählt und doch volkstümlich, in der Flug bedachten Konstruktion interessant und doch leicht verständlich erscheint diese Vertonung.

Ernst Hoffmann hat sorgsam den musikalischen Teil, Hans Steinwender ebenso ordentlich das Zusammenspiel vorbereitet. Ausgezeichnet aufeinander eingestimmt und -geungen und Hilfe Armbruster und Vella Hochreiter in den Titelmusiken. Karl August Neumann torstelt wieder amüsan als Vater Bösenbinder, dessen zuerst verzerrtes, dann räumliches Gesicht ist bei Heria Böhle gut aufgehoben. Wenn Margarete Reiß so übertrieben deutlich den Text ausspricht, wie sie den Charakter der Teufelsheze nachzeichnet, wäre sie uneingeschränkter Lobes würdig. Margarete Schurr (Sandmännchen und Tannmännchen) absolviert ihre bescheidene Rolle mit Geschmeid. Recht brav macht auch der, teilweise aus Kinder bestehende, Chor seine Sache. — Die besonders von keinen Herrschaften gut besuchte Samstagvorstellung wurde mit starkem Beifall ausgesetzt.

Am Vorabend trat in Figaros Hochzeit wiederum ein Gast auf, und zwar in der Littelpartie, auf. Unjettens Wissens wurde ein erster Spielbariton, und in dieses Fach schlägt auch der Figaro, bereits verpflichtet. Soll nun Herr Kurt Bach vom Stadttheater in Krefeld, als zweite Besetzung in Aussicht genommen sein, dann können wir für sein Engagement nicht eintreten. Der Künstler ist vor allem ein Routinier, der in seiner Rolle völlig hineinwächst und sich in jeder Situation zurechtfindet. Die Aufführung ist und umfänglich Stimmaterial ist vorhanden. Wie warm wird man nicht, wenn die zurechtgelegte Operngeste und der im starken Rhythmus eingeeingete Gesang sehen anstelle der individuellen Kunstleistung Schablonen.

Der Lehrling vor dem Arbeitsgericht.

Feststellen des Lehrvertrages.

Da ist der fünfzehnjährige Mechanikerlehrling K. von seinem Meister S. fristlos entlassen worden, weil seine Leistungen angeblich ungenügend gewesen seien, weil er bei Liefergängen zu lange fortgeblieben und — man denke — sogar einmal bei der Arbeit vor Übermüdung eingeschlafen sei. Nun steht er mit seiner Mutter vor dem Arbeitsgericht und klagt auf Feststellung, daß sein Lehrvertrag fortbestehe. Der Meister donnert ihm nun in allen Tonarten seine „Verrechnungen“ entgegen. Doch er wird etwas kleinlaut, als ihm seinerseits vorgehalten wird, daß die Leistungen seines Lehrlings durch außerberufliche Arbeiten, wie zum Beispiel Grasmähen, Steinharbeiten, stark beeinträchtigt wurden. Auch hätte der Meister ja auch immerhalb der Probezeit genügend Gelegenheit zur Beurteilung seiner Leistungen gehabt. Das Gericht stellte fest, daß weder beharrliche Arbeitsverweigerung noch Unfähigkeit des Lehrlings vorlag, der Lehrvertrag daher weiter bestünde und der Lehrling wieder einzustellen ist. — Rechtlich wäre damit der Schaden repariert, doch wie es in diesem wiederhergestellten Lehrverhältnis tatsächlich sein wird, was aus den Drohungen des Meisters („Ich werde dich schon wieder!“) zu erkennen. Leider besteht bei dem befristeten Lehrvertrag keine andere rechtliche Möglichkeit, gegen eine fristlose Entlassung vorzugehen.

Klage auf Schadenersatz.

Der Vater des nachlehrlings G. hatte mit dem Meister K. keinen schriftlichen Lehrvertrag abgeschlossen. Nach vierteljährlicher Befristung wurde er wegen „unmoralischer Erziehung im Elternhause“ (1) fristlos entlassen. Da er ohne jede Entschädigung seine Arbeit verrichtet hatte, klagte nun sein Vater vor dem Arbeitsgericht auf eine Entschädigung für Kleidergeld in der Höhe von 45 Mark. Da aber diesem Lehrverhältnis kein schriftlicher Lehrvertrag zugrunde lag, waren solche Ansprüche nicht berechtigt. Aus Billigkeitsgründen schlug das Gericht vor, sich mit 10 Mark Entschädigung zu vergleichen. Nach vielem Hin und Her ging man auch darauf ein. — Dieser Fall zeigt so recht die Notwendigkeit, rechtzeitig einen schriftlichen Lehrvertrag abzuschließen und sich nicht auf mündliche Verabredungen einzulassen, will man vor ungerechtfertigter Entlassung geschützt sein.

Deutschland — Oesterreich!

ist das Thema, über das am Freitag abend im Schleichwerder

Genosse Dr. Deutsch-Wien

in öffentl. Reichsbanner-Versammlung sprechen wird.

Die Wahl

der richtigen Literatur zur eigenen Fortbildung ist für jeden Arbeiter in der Bibliothek wie im Bücherladen eine Qual, weil die fehlende Literaturkenntnis die Beurteilung des Buches erschwert. Wenn du dir deine Eigenbildungsarbeit erleichtern willst, so besuche Sonntag, den 18. Dezember, die große sozialistische Buchausstellung in der Ceciliastraße, die große Straße 26/27 l. Die Führungen, geleitet von sachkundigen Genossen, werden dich für deinen Besuch belohnen.

Zürsorge für jugendliche Psychopathen.

Bei der Bekämpfung von Verwahrlosung und Kriminalität jugendlicher Verwahrloster besondere Beachtung die jugendlichen Psychopathen, jene unglücklichsten Menschen, die durch Vererbung ein überempfindliches Nervensystem, ein übererregbares Gemütsleben mitbekommen haben. Durch diese Erbschaft sind sie, obwohl ihrer Begabung nach zu Hohem und Tüchtigem befähigt, eben deswegen gar oft verbannt, zu gefährlichen Feinden der menschlichen Gesellschaft zu werden. Gemütsweich, empfindsam, übermäßig erregbar, andererseits triebhaft und willensschwach, können sie sich nur schwer anpassen, unterliegen sie aber zugleich nur zu leicht den Einflüssen der Umwelt. Unverstanden, vernachlässigt, durch falsche Erziehung gepöbeln und zumal durch selbst abnorme Eltern gefährdet, fallen sie als Opfer einer ungünstigen Umgebung und falschen Erziehung Verwahrlosung, Verbrechen und Krankheit anheim. Fürsorgeerziehung, Landstraße, Gefängnis und Irrenanstalt sind ihr Schicksal. Und doch kann der größte Teil dieser Abnormen als nützliche Glieder der Gesellschaft erhalten werden, wenn sie rechtzeitig der gefährlichen Umgebung entzogen und einer zweckmäßigen, ihrer Eigenart und ihren Schwächen angepassten Erziehung zugeführt werden.

Der Deutsche Verein zur Fürsorge für jugendliche Psychopathen hat sich diese Aufgabe gestellt. Er verfolgt seine Ziele durch Beratungsstellen, die in geeigneten Fällen aufgesucht werden können. Diese veranlassen genaue Ermittlungen und psychiatrische Untersuchungen der Kinder, um so die äußeren Ursachen oder inneren Bedingungen der Erziehungs-schwierigkeiten aufzuheben. Ihre weitere Aufgabe ist dann die Gerichtshilfe zur richtigen Behandlung jugendlicher Verwahrloster, andererseits Vermeidung der Erziehungsfehler durch Schutz-aussichten. Notigenfalls müssen die gefährdeten Kinder von einer ungünstigen Umgebung, von abnormen Eltern entfernt und in geeigneten Familien, zweckmäßigen Lehrstellen usw. untergebracht werden. Stärker abnorme Kinder bedürfen der Unterbringung in Erholungs- oder Erziehungsheimen, unter anderem Heil-erziehungsanstalten.

Was diese Fürsorge leistet, möge aus der Tätigkeit der Beratungsstelle ersehen werden, die der Breslauer Zweigverein des Deutschen Vereins zur Fürsorge für jugendliche Psychopathen, hier, Museumstraße 9, II, unterhält. Sie wurde im letzten Jahre von 1886 Ratwählenden in Anspruch genommen und leistete 303 Hausbesuche. 138 jugendliche Kinder wurden ihr neu zur Fürsorge überwiesen, von ihnen 120 psychiatrisch untersucht. Obwohl 85 dieser jugendlichen schon unter Anklage standen, brauchte nur über vier Fürsorgeerziehung verhängt zu werden, über zehn Schulaufsichten von Gerichten wegen. Zwölf wurden von der Beratungsstelle in Erziehungsanstalten und Heime, zwei in Krankenanstalten überwiesen, dreizehn in Pflegefamilien auf dem Lande untergebracht. Nur achtzehn mußten also in verschiedenen Anstalten verpflegt werden, allen übrigen in unter Aufsicht der Beratungsstelle die Familien-erziehung, und zwar zumeist in der eigenen Familie, erhalten gelassen.

Der hiesige Zweigverein, der bisher für Breslau tätig war, will seine Arbeit fernerhin auf die Provinz Schlesien ausdehnen, denn auch drängen ist das Bedürfnis dazu dringend. Es gilt also, Mitarbeiter in der Provinz zu gewinnen, Beratungsstellen, Heime, Erholungsheime und Erziehungsheime einzurichten. Wenn die Bewahrung dieser armen Kinder, wenn die zweckmäßige Bekämpfung, nämlich die Vorbeugung gegen Verwahrlosung und Verbrechen, wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung am Herzen liegt, der zur Mitarbeit aufgerufen.

Angelica Balabanoff spricht

Mitten im Proletarierquartier Breslaus, in dem Zentral-saal, sprach gestern abend in einer überfüllten Versammlung die Genossin Balabanoff über den Faschismus, über jene entsetzliche Tragödie, die seit nunmehr sechs Jahren über die italienische Arbeiterklasse herabgebrochen, deren Organisationen und Eigentum zerstört und das schöne Italien zu einem Koster blutwürgender Tyrannei gemacht hat. Eingeleitet wurde diese Rundgebung der Solidarität der Breslauer Arbeiterklasse mit ihren italienischen Klassenbrüdern durch die von der Reichsbannerpartei gespielte Internationale, unter deren Klängen Angelica Balabanoff von stimmungsvollem Beifall der Versammlung begrüßt, das Podium betrat. Genosse Eckstein sprach einige kurze Worte der Begrüßung und wies darauf hin, daß sich in der Person der Rednerin ein wesentlicher Teil der internationalen sozialistischen Bewegung verkörpert.

Daraufhin ergriff Genossin Balabanoff das Wort und betonte nach einigen einleitenden Worten, in denen sie die Bedeutung des großen Breslauer Vorkämpfers der Arbeiterklasse Ferdinand Lassalle für die internationale Arbeiterbewegung als Voraussetzung der Kämpfe, auch dieses Kampfes gegen den Faschismus umriß, daß der Faschismus

keine ausschließlich italienische Erscheinung,

sondern ein Problem ist, das die gesamte Arbeiterklasse aller Länder angeht. Die Barbarei und Sklaverei, die heute das italienische Volk bedrückt, kann morgen schon in einem andern Lande auftreten, wenn die Arbeiterklasse nicht rechtzeitig die Kraft zur Abwehr findet. Der Faschismus ist der Versuch aller Schichten der Bourgeoisie, den Geist des Klassenbewußtseins und Klassenkampfes der Arbeiterklasse zu unterdrücken, ist eine Bewegung, die sich von anderen politischen Bewegungen durch den Mangel jeglicher eigenen Ideologie, jeglichen eigenen Programms unterscheidet; die lediglich Abenteuerpolitik, die Koalition aller anti-proletarischen Elemente Italiens darstellt und in der Straflosigkeit jedes von ihr begangenen Verbrechens mündet. Wenn hier im Saale einer seiner Anhänger oder einer jener Kleinbürger und Ferienreisender anwesend wäre, die den Faschismus als das Regime der Ordnung pfeifen, wäre es interessant, aus ihrem Munde zu hören, was der Faschismus eigentlich ist. Sie könnten diese Frage nicht beantworten.

Der Werdegang des Faschismus

kann nur verstanden werden, wenn man sich die Lage in der Nachkriegszeit vergegenwärtigt, in der die durch die russische Revolution verängstigte Bourgeoisie versuchte, sich mit allen Mitteln vor der drohenden Gefahr zu retten. Im allgemeinen beurteilt man politische Strömungen und Bewegungen nach ihrem Programm. Doch beim Faschismus ist dies nicht anwendbar. Der Faschismus entstand aus einer kleinen Gruppe von Leuten, die für den Krieg eintrat, der gegen den deutschen Militarismus, gegen jede Unterdrückung geführt werden sollte und deren Bedeutung nur verstanden werden kann, wenn man berücksichtigt, daß Italien das einzige Land war, in dem die Sozialistische Partei einheitsvoll und geschlossen schon im Tripoliskrieg, gegen den Krieg auftrat. Ihr gegenüber handelte es sich um den Angriff der Völker verbrennende brennende Klasse. Die Kriegsgegnerische war fest in dem Klassenbewußtsein der italienischen Arbeiter verankert, als in ihren Reihen der Name

Jenes elenden Individuums

genannt wurde, den ich heute auf den Anzeigen zu dieser Versammlung las. Jenes Mannes, der in unserer Zeitung Leitartikel gegen den Krieg schrieb und währenddem schon das Geld in seiner Tasche hatte, das die Entente ihm bezahlte, um gegen Deutschland zum Krieg zu gehen. (Lebhafte Stürze!) Dieser Mann ist als Charakterbild keine Ausnahmeerscheinung. Stets gab es in den Kämpfen der Arbeiterklasse Individuen, die von der Bourgeoisie gebraucht wurden, um ihre eigene Klasse zu verraten, gab es

Streikbrecher,

die von ihr als die Retter des Volkes gepriesen wurden, während unsere Führer von der Bourgeoisie verurteilt und bekämpft werden. Aber dieser Fall ist doch ein besonderer, ein besonderer durch die Art des Verrats, nicht etwa durch die Persönlichkeit des Verräters, durch jenes schwache und feige Wesen, das nicht den Mut aufbrachte, sich von einem Arzt eine Blutprobe aus dem Finger nehmen zu lassen, das niemals die Verantwortung seiner Handlungen übernehmen wollte, das einmal bei einem Angriff von Gegnern sich im Wagen hinter mich versteckte. Die Arbeiterklasse ist gewöhnt, über solche Menschen zur Tagesordnung überzugehen. Bei keinem Ausschluß aus der Partei achtete kaum jemand sonderlich auf diesen Fall.

Nach dem Kriege aber mußten diese Kriegsbekehrer ihre Rechenschaft denen gegenüber ablegen, die sie zum Kriege gehetzt hatten, denn es gab in Italien zweierlei freundschaftliche Strömungen; die kapitalistischen Kreise und deren Presse und revolutionäre Strömungen, die in dem Kriege einen Krieg gegen jegliche Unterdrückung sahen, die von dem Krieg außerordentliche Ergebnisse erwarteten. Das waren unruhige, ziellose Elemente, an deren Spitze Mussolini sich nach dem Kriege stellte, als er bei den Gewerkschaften mit einem Angebot revolutionärer Politik abgeblüht war. (Zwischenrufe.)

Damals sah das Ziel der ersten begründeten Fasci anders aus wie heute, damals versocht man — nicht nur den Licht, sondern sogar den Sechshunderttag, die Republik, Trennung von Staat und Kirche, die Ueberwindung der Produktion in den Besitz der Allgemeinheit, und Mussolini schrieb in seinem von der Entente begründeten Blatt: „Wenn es den Kapitalisten nicht gefällt, wir haben genug Bäume, um sie aufzuhängen.“ (Hört, hört!)

Heute sind unsere Gewerkschaften, die 1919 zwei Millionen Mitglieder, unter denen sich allein eine Million Landarbeiter befanden, zerschlagen; heute sind über dreitausend Volkshäuser, die unter unsäglichen Opfern als Zeichen einer besseren Zukunft errichtet wurden, vernichtet, verbrannt, zerstört; heute arbeitet man zwölf Stunden und senkt durch besondere „Kommunismen“ den Lohn um 35 Prozent. Jene, die einstmals die Freiheit erkämpfen wollten, sprechen heute von dem stinkenden Leichnam der „Götin“ Freiheit, drücken heute schwarz auf weiß, daß niemand das Recht habe, nicht Faschist zu sein, führen die längst abgeschaffte Todesstrafe für das Verbrechen „antinationale Betätigung“ wieder ein. Der Faschismus ist

keine erste politische Bewegung,

sondern eine Abenteuerbewegung, die sich gestern der Arbeiterklasse, heute der Kapitalisten bedient. Das zeigt sich auch in der Stellung zur Religion.

Wie habe ich einen Menschen respektloser und verächtlicher von dem reden hören, was dem wirklich religiösen Menschen der Gottesgedanke ist, als Mussolini.

Heute wird er von dem Papst, der diese, seine Vergangenheit kennt, als Retter Italiens gefeiert, der durch Wunder gezeichnet wurde, wenn eines der wirklichen oder beabsichtigten Attentate

Heute schmückt jedes Schulzimmer das Kreuzbild, während ein paar wenige Diktator in einer Versammlung seine Rede auf das Volk legend sagte: „Wenn es wirklich diesen Herren Gott gibt, dann erwarde ich, daß er mich in fünf Minuten vernichtet. Nicht anders wie die katholische Kirche hat sich die Dynastie zu dem Abenteuer gestellt. Juchend sagte der italienische König zu, das Verbot über den Besatzungsurlaub zu unterzeichnen, das das Kabinett Facta gegen die Faschisten verhängen wollte, dann aber besann er sich. Mussolini kam aus Mailand angereist und wurde zum Ministerpräsidenten ernannt. Das war die faschistische Revolution. Wie aber wirkt sich das auf diese Weise ent-

Ständende Regime aus? Der Faschismus begann mit dem
Vauberkrieg.

Der von den Industriellen und Großgrundbesitzern ausgeschalteten Proletariat... Die Faschisten haben die Arbeiterklasse... Die Faschisten haben die Arbeiterklasse...

Schuldlosen dieser Nordbrennerbanden,

die weder vor Kindern, noch vor Frauen, noch vor der Menschheit... Die Faschisten haben die Arbeiterklasse... Die Faschisten haben die Arbeiterklasse...

Genossin Valabanoff führt fort und zitiert den bekannten

Auspruch Lassales in seinem Kampf um die Rechte der Arbeiterklasse... Die Faschisten haben die Arbeiterklasse... Die Faschisten haben die Arbeiterklasse...

Lesen zum sozialistischen Gedanken

liegen. Jenseits der Alpen ist der sozialistische Gedanke nicht... Die Faschisten haben die Arbeiterklasse... Die Faschisten haben die Arbeiterklasse...

Aber die Arbeiterklasse muß sich bewußt sein, daß die Ketten... Die Faschisten haben die Arbeiterklasse... Die Faschisten haben die Arbeiterklasse...

Nach der mit tosendem Beifall aufgenommenen Rede der... Die Faschisten haben die Arbeiterklasse... Die Faschisten haben die Arbeiterklasse...

organisierte Verbände der Bourgeoisie,

dem die Solidarität der gesamten, auch der Breslauer Arbeiter... Die Faschisten haben die Arbeiterklasse... Die Faschisten haben die Arbeiterklasse...

Die Breslauer Schneefahrt.

Der Magistrat schreibt: Nach dem geltenden Breslauer Ortsstatut hat jeder... Die Faschisten haben die Arbeiterklasse... Die Faschisten haben die Arbeiterklasse...

Nach diesem Ortsstatut hat die Marktverwaltung alle die... Die Faschisten haben die Arbeiterklasse... Die Faschisten haben die Arbeiterklasse...

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Lilienstr. Ditz 552

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Arbeiter,
Ortsgruppe Breslau.

Sonntag, den 17. Dezember, 20 Uhr pünktlich, Sitzung im Zimmer 5 des
Gewerkschaftshauses...

Dinstag 11. Freitag, den 18. Dezember, 20 Uhr, bei Gottschalk, außerordentlich wichtige
Funktionärsversammlung...

Dinstag 17. Montag, den 19. Dezember, 19 Uhr, wichtige Funktionärs-
versammlung im Bezirksrat...

Dinstag 24. In unserer, am Sonntag, den 18. Dezember, um 5 Uhr, in der
Aula der Schule Brodauer Straße...

Jugendsozialisten.
Arbeitsausflug, Freitag, 20 Uhr, Sitzung im Gewerkschaftshaus.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.
Heute 19 (Kolontal). Sonntag, 19.12.19, Probe im Heim.

Von den Arbeiterkinderfreunden.
Kittung, Sessel: Freitag, 8 Uhr, Sesselführung in der Baracke.

Freiwerkwirtschaftliches Jugendbrot.
Alle Kolonnen und Kollegen, die an der Winterfeier der
Arbeit beteiligt waren...

Wasserstand
15. Dezember.

Table with 2 columns: Station name and water level. Includes Ratibor, Reife (Stadt), Reife (Mühlendamm), etc.

Der Schnee ist auf die Bürgersteige in Häusern zu sehen, jedoch
noch ein mindestens zwei Meter breiter Streifen für den Fuß-
gängerverkehr frei bleibt.

Der Markthalverwaltung stehen zur Reinhaltung ihrer
geräumten Liegenden Reinigungsmaschinen 8 Arbeiter und
127 Arbeiter zur Verfügung.

Am Sonntag, den 11. Dezember, waren sämtliche Bediensteten
der Markthalverwaltung den ganzen Tag tätig.

Nachdem Fahrdämme und Bürgersteige vom Schnee frei-
gelegt sind, beginnt die Abfuhr im ganzen Stadtgebiet.

Als Schneefahrdämme dienen geeignete Kanalschächte, Ufer-
stellen an der Dyle und Ober-Schwarziger oder gefrorenen Schnee
auf Abfahrschienen gebracht werden.

Witterungsbericht
des Meteorologischen Observatoriums Kierners bei Breslau.

Unter der Nummer 623, die den Gebirgsstationen verbreitet, folgende
Witterungsberichte...

Witterungsbericht für das obere Mittelgebirge.
Schwach wehlender Wind, wolkig bis heiter, vereiselt bis nach
Schneefall, harter Frost.

Witterungsbericht für das obere Mittelgebirge.
Kühler, neblig-wolkig, vereiselt nach Schneefall, harter Frost.

Das Wetter im Gebirge:
Von den nachfolgenden Stationen werden der Reihe nach Angaben über
über: Schneehöhe, Neuschnee, Schneefallen, Schneefallen...

Reine Schnee, soweit künstlich, in näher gelegene Abfahrschienen
gebracht werden kann.

Fast alle Grundstücke, die bis zum Kriegsbeginn zur Ab-
lagerung der Schneemengen dienen, mußten für Kleingärten
oder Spiel- und Sportplätze abgegeben werden.

Wie bereits kurz gemeldet, liegt heute den Stadtverordneten
eine Vorlage auf Bewilligung weiterer Mittel für Hofstands-
arbeiten vor.

Die Sozialdemokratische Fraktion in hält Straßen-
arbeiten in Wilhelmsruh, wo im nächsten Jahre ein lebhafter
Siedlungsbau entstehen wird, für noch wichtiger als die Arbeiten
an der Kaiser-Wilhelm-Straße.

Wie bereits kurz gemeldet, liegt heute den Stadtverordneten
eine Vorlage auf Bewilligung weiterer Mittel für Hofstands-
arbeiten vor.

Die Sozialdemokratische Fraktion in hält Straßen-
arbeiten in Wilhelmsruh, wo im nächsten Jahre ein lebhafter
Siedlungsbau entstehen wird, für noch wichtiger als die Arbeiten
an der Kaiser-Wilhelm-Straße.

Bereinstander.

Baugewerksbund, Baugewerkschaft Breslau.
Nachgruppe der Zimmerer, Stein- und Kunststeinarbeiter, Sonntag, den 18. 12.
sonntags, vormittags 9.30 Uhr, findet im Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses
unserer Monatsversammlung statt.

Geschäftliches.

Wir weisen unsere geschätzten Kunden besonders auf das Dampf-
beheizwerk Bergberg & Comp., dessen Inhaber das ganze Jahr hindurch
in unserer Zeitung erschienen, hin.

Die Firma nimmt in Breslau eine Sonderstellung ein. Die Arbeiter
müssen zu Fabrikpreisen ohne jeden Zwischenhandel an die Kontanten ab-
gegeben zu werden keine Schenkungen unterhalten, sondern nur reine Wert-
arbeiten.

Der heutigen Stadt-Anfrage unserer Zeitung liegt eine Beilage der
Pax & Co., Bismarckplatz, bei, auf die wir hiermit besonders empfehlen
hinweisen.

Breslauer Weihnachts-Anzeiger

Praktische
Weihnachts-Geschenke
in großer Auswahl zu billigen Preisen
* Gläser * Kerzen * Spielzeug *
* Bücher * Musik * u. viele andere
Maximilian
Bach & Blummann
Breslau 23
Bismarckstr. 44

Musik-Apparate! Musik-Platten!
Seit 1907 nur beste Marken!
Die gute Derby-Platte zu Mk. 2.00
Parlaphonhaus Gadick & Co., Gartenstr. 85
Geradeüber dem Landeshaus.

Schirme, Spazierstöcke
Tabakspitzen, Zigarren- und Zigarrenspitzen
Schach- und Dominospiele
W. ARNOLD
Sandstraße 18

Präsente
in Zigarren, Zigaretten, Tabaken
und Tabakwaren
Alfred Seorder
Bismarckstr. 71-72, Bismarckstr. 72

Praktische Weihnachtsgeschenke für Haus u. Küche
Feine Solinger Stahlwaren, Staubsauger, Gasherde, Gaskocher
Werkzeugkasten, Laubsäge-Umsätze, alle Arten Schlittschuhe
Größe Auswahl bei billigsten Preisen
Gebrüder Fricurich, Breslau 1
Schmiedebücke 24
Ecke Messergasse

Musikhaus „Odertor“
Vinnenzstraße 59, Ecke Eibingstraße
Separate Vorspielräume
Sprechapparat und Schallplatte
sowie Musikinstrumente aller Art
billigst in großer Auswahl
bei promptester Lieferung

Für den Sportmann



Eindruck kann eben nur gute Kleidung verschaffen. In meiner großen Auswahl finden Sie alles, was Ihren persönlichen Geschmack betrifft. Ich lasse diese Kleidungsstücke selbst anfertigen und bin dadurch in der Lage **allerbilligste Preise** zu berechnen.

Paletots von Mk. **36.-** an
 Uster von Mk. **28.-** an
 Ringgürt Mäntel v. Mk. **34.-** an
 Herren-Anzüge v. Mk. **28.-** an
 Sport-Anzüge von Mk. **29.-** an
 Wetter-Mäntel v. Mk. **18.-** an

Oskar Dehmel
 Breslau 1, Neumarkt 43.

Uhren u. Goldwaren

Spezialität:
Fugellose Trauringe
Paul Alter Kupferschmiede
 Straße 17
 Neben Hetschbald.

Zum Weihnachts- u. Neujahrsfest
 u. Fleisch-, Wurst-, Räucherwaren
 Billigste Tagespreise!

Fleischer August Kunert
 Ofener Straße 120
 Neu eröffnet! 14587 Neu eröffnet!

Preiswerte Möbel

Schlafzimmer, Eiche komplett 475.00
 Esst., im 175.00, Schrank, pol. 68.00
 Nußb.-Spiegelschrank sowie Erle, jed. Breit.
 2 Bettstellen, pol. m. Patent- u. Auflegemat. 140.00
 Pfischholz v. 75.00-200.00, Chaisel v. 28.00-100.00
 Auflegematten für 2 Bettstellen . . . 45.00

Bequeme Teilzahlung gestattet!
 Sonntag von 2-6 Uhr geöffnet!

Albert Nowotny
 23/24 Weidenstraße 23/24

Wir sind Leser der
„Volkswacht“

Wir kaufen bei Ihnen, weil Sie
 in der „Volkswacht“ inserieren.
 Sagt das, wenn Ihr einkauft, Ihr
 nutzt uns und damit Euch selbst!

Frohe Weihnachten

feiern Sie, wenn Sie von uns Sprechmaschinen, Mandolinen, Laute, Gitarren, Geigen mit Kasten und Bogen, Zithern, Ziehharmonikas, Transm. pp. gegen bequeme Teilzahlung kaufen. Schallplatten in größter Auswahl von 95 Pf. an!

Jazzbands mit Zubehör.
 Riesenauswahl! Nur erstklassige Waren!

MUSIK-ETAGE

Schindler & Co.
 Jetzt Schmiedebücke 29a
 Reparaturen aller Instrumente schnell und billig.

Republikaner

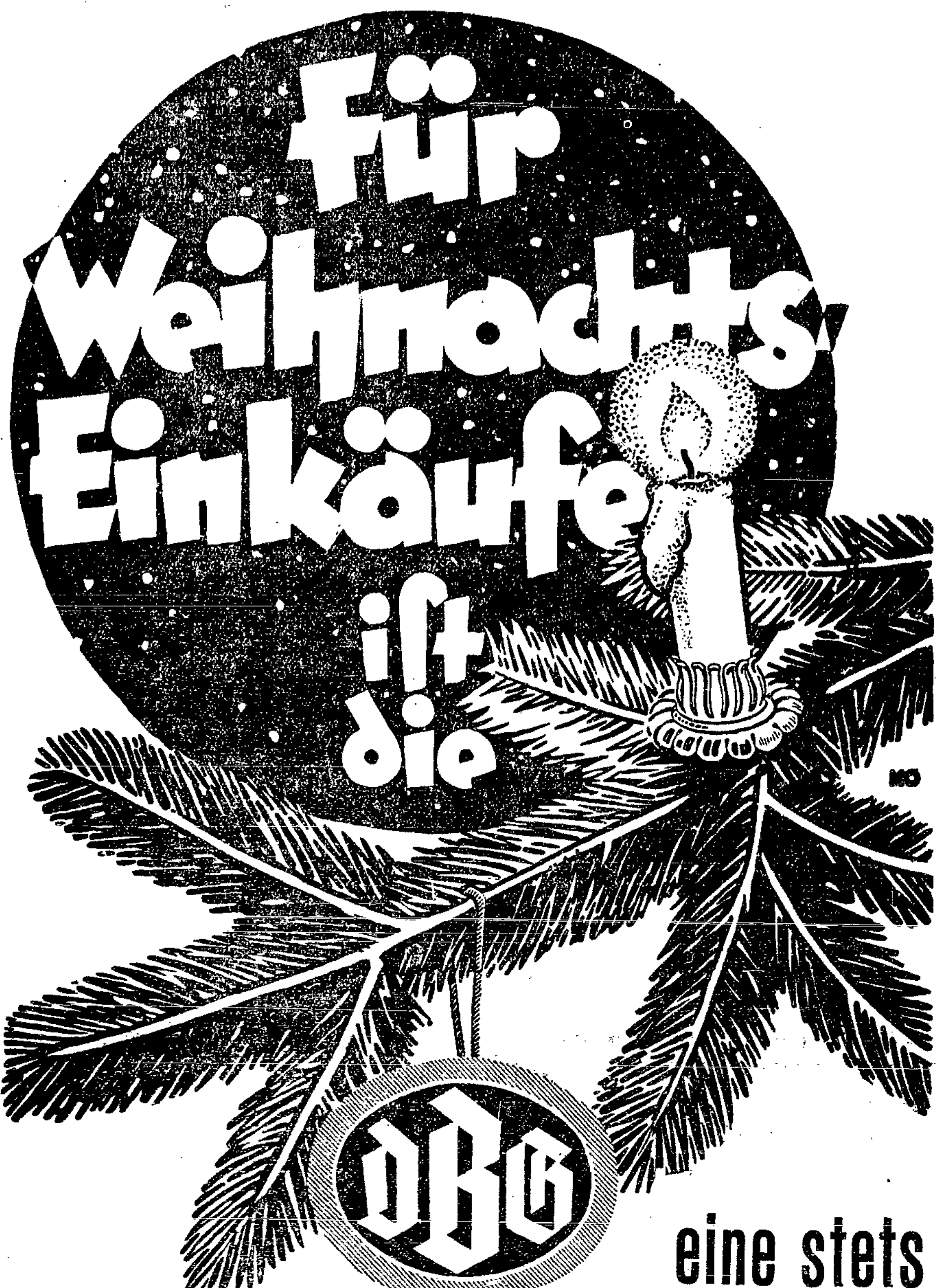
unterstützt kleinere Geschäfte!
 Deckt Euren Winterbedarf in 14588 eleganten Schweden-Mänteln, Paletots, Anzügen, Joppen, Hosen, Berufskleidung, Wollwaren bei uns. Wir bedienen Euch gut - Seit 30 Jahren am Platz.
„Kaufhaus“ Oderstr. 7 (Ecke)
 Sonntag von 1/2-6 Uhr geöffnet.

Neue Weltkalender 1928

mit einer Kunstbeilage, dem ausgezeichneten Bilde Friedrich Eberts, einer Erzählung von Jack London: Blinde Passagiere. Ferner: Die Kämpfe in China, auf dem Balkan, moderne Elektrotechnik und Technik in der Landwirtschaft und viele andere Beiträge mit vielen Bildern.

Preis nur 80 Pf.
 Zu beziehen durch:

Volkswacht-Verhandlungen Breslau
 Neue Grabenstraße 5, Neue Taschenstraße 11.



eine stets
bevorzugte Bezugsquelle

Kaufe gleich — Sie kaufen bei uns: **zahlen später!**
 Damen-, Herren-, Kinder-Bekleidung | Sport-, Leder-Kleidung | Elegante Maß-Garderobe Pelz-Konfektion
Neu! Bett-, Tisch- u. Leibwäsche | Strümpfe / Hüte / Schirme **Neu!**

Alles in besten Qualitäten!
 Stets das Neueste in Riesen-Auswahl zu besonders billigen Preisen

Bargeld nicht unbedingt nötig! Beamte, Angestellte, alte Kunden, Jedermann in gesicherter Wirtschaftslage, kaufen stets bei uns **ohne Anzahlung!** 1. Ratenzahlung: Februar 1928

1/6 Anzahlg. **Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft** 8 Mon.-Rat
 Das bevorzugte Kaufhaus der Beamtenwelt **Breslau** Judentorstraße 38-40 am Christophoripl.

Aus Schlessen.

Zweiterlei Maß.

Wenn ein Sozialdemokrat und wenn ein Völkischer „Schandurteil“ sagt.

Man schreibe uns aus Görlitz: Wie die Justiz aus Schwarz Weiß zu machen versteht, dafür die Mitteilung der republikanischen Beschwerde, die in der 287 der „Volkswacht“ vom 8. Dezember dieses Jahres unter dem Titel „Schandurteil“ geradezu ein Musterbeispiel. Danach der Brieger Landesgerichtspräsident entschieden — und der Landesgerichtspräsident in Breslau hat sich dem angeschlossen — daß die Bezeichnung „Schandurteil“ keine Bezeichnung der Richter sei, die dieses Urteil gefällt haben. Die Bezeichnung Schandurteil ist hier — das ist zu beachten — von den Redakteuren erfolgt.

Doch es ist noch nicht allzu lange her, da wurde die Bezeichnung „Schandurteil“ als eine schwere Richterbeleidigung geachtet. Am 19. Januar 1921 veröffentlichte die „Görlitzer Volkszeitung“ einen Konferenzbericht der SPD. Dieser enthielt eine Beschlussempfehlung, in der das Wort Schandurteil auf ein Urteil der Strafammer in einem Landfriedensbruchprozeß anzuwenden wurde. Der verantwortliche Redakteur, Genosse Baum, wurde unter Anklage gestellt und zu 30 Mark Geldstrafe oder 20 Tagen Gefängnis verurteilt. In der Urteilsfindung wurde damals gesagt, daß aus dem Wort Schandurteil die Absicht der Beleidigung des erkennenden Richters ergehe. Diese Beleidigung sei schwerer Natur. Der sozialdemokratische Parteisekretär Rahmig, der in einem Vernehmlichungsprotokoll in Hoyerwerber Zeitungen zum Protest gegen den Schandurteil aufgefordert hatte, wurde zu 500 Mark Geldstrafe oder 50 Tagen Gefängnis verurteilt.

Ja, Bauer, das ist freilich ganz was anderes. Ein völkischer und ein sozialdemokratischer Redakteur tun natürlich nicht dasselbe, wenn sie dasselbe Wort gebrauchen. Denn der sozialdemokratische Redakteur meint mit Schandurteil ein Urteil, in dem das natürliche Recht empfinden des Volkes vergewaltigt wird, während der völkische Kollege immer dann über die Justiz klopft, wenn sich die Justiz nicht zum Werkzeug völkischer Verbotsheißigkeit mißbrauchen läßt. Ist es da verwunderlich, daß auch die Gerichte einen Unterschied — ihrer Einstellung entsprechend — natürlich einen anderen — machen?

Riesenerbeiterentlassungen auch in Schlessen?

Im Zusammenhang mit der Ankündigung einer Massenentlassung der Arbeiter im westfälischen Industriegebiet zum Januar 1928 haben neben anderen die Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke und Borsig beim Regierungspräsidenten Oppeln Anträge auf Sittigung der betreffenden Betriebe eingereicht. Die Entscheidung in dieser Sache soll am Donnerstag gefällt werden.

Auftakt zum Wahljahr 1928. — Die Parteibildungen beginnen.

Um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, konstituierte dieser Tage in Guttentag ein eigener Landesverband Ober- und Westschlesens. Dieser Ostbund bezieht sich für die Reichs- und Landtagswahlen in Oberschlesien Kandidaten aufzustellen. Angekündigtes Programm dieses Landesverbandes ist es, die Entschädigungen für die versetzten und gefährdeten Oberschlesier durchzusetzen. Ein klareres Bild von der Sache erhält man, wenn man weiß, daß der Hauptorganisierende, Geheimrat Tilly, Mitglied der Deutschnationalen Partei ist. Landesvorsitzender ist Kühn-Breslau.

Landeshut. Seinem Leben ein Ende gemacht. In einigen Tagen wurde der Arbeiter Feist von hier vermißt. Man hat man ihn unweit der Gabelbaube erhängt aufgefunden. Bis den 7. zu diesem Schritt veranlaßt hat, ist unbekannt.

Domnig, Kr. Hirschberg. Mit 72 Jahren zum Brandstifter. Im Sommer dieses Jahres war in der Krieglichen Hirschberg in Nieder-Domnig zweimal Feuer ausgebrochen. Man vermutete Brandstiftung, konnte jedoch nicht enträtseln, wer Täter und gefährdeten Oberlehrer durchzuführen. Ein klareres Bild von der Sache erhält man, wenn man weiß, daß der Hauptorganisierende, Geheimrat Tilly, Mitglied der Deutschnationalen Partei ist. Landesvorsitzender ist Kühn-Breslau.

Striegau. Auf sonderbare Weise zum Brandstifter geworden. Im November d. J. brannte eine Scheune Baronin v. Rischthofen aus Stanowik vollständig nieder. Vermutet wurden dabei 1000 Ztr. Weizen und 50 Ztr. Heu. Man ermittelte als Brandstifter den 48jährigen Landwirt Albert Laidhaus aus Stanowik, der sich nun vor dem Großen Kreisgericht zu verantworten hatte. Er gab als Entschuldigung an, daß seine Frau zur Tat getrieben worden zu sein, denn sie dürfe nicht mehr mit ihm zusammenleben. Sie nannte ihn einen „schwarzen Hund“ und sagte ihm nach, er habe eine „Kaltblütigkeit“. Außerdem haben ihn seine beiden Söhne ins Wasser geworfen. „All das, so meinte der Angeklagte, habe ich in Wut gebracht, daß er sich an der Scheune rächen mußte.“ Das Gericht verurteilte ihn zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Es wäre vielleicht richtiger gewesen, man hätte den Waldhaus auf seinen Geisteszustand hin untersucht, statt ihn ins Zuchthaus zu sperren.

Striegau. Durch den Suff eine Bestie. Vor dem Großen Kreisgericht in Schweidnitz hatte sich der erst aus dem Zuchthaus entlassene 71jährige Arbeiter August Großer aus

Säslitz, Kreis Striegau, wegen schwerer Körperverletzung zu verantworten. Wegen ähnlicher Delikte war er schon mehrmals vorbestraft und jetzt hatte er ohne Grund und Ursache in völlig betrunkenem Zustande die Frau des Schmiedes Weiler aus dem Dorf Jedlitz mit einem Stock derart bearbeitet, daß die Frau eine schwere Gehirnerschütterung davontrug und sich sogar Knochenbrüche an der Halswirbelsäule abspalteten. Vor Gericht erschien G. wieder vollständig betrunken und machte den Versuch, den Staatsanwalt niederzuschlagen, woran er durch die anwesenden Justizwachmeister gehindert wurde. Man verurteilte den brutalen Menschen zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus.

Striegau. Verwegener Straßenraub. Auf der Straße nach Groß-Rosen verletzten einige junge Burschen auf einem Lastauto, einem vorüberfahrenden Radfahrer sein Rad wegzunehmen. Dem sich kräftig zur Wehr setzenden Manne gelang jedoch die Flucht. Erst als er sich in Sicherheit glaubte, stieg er ab und nahm mit einem des Weges daherfahrenden zweiten Radfahrer die Verfolgung der Straßenräuber auf, die bis dahin an der Ueberfallstelle verharrt hatten, um wahrscheinlich weiteren Opfer aufzulauern. Die Polizei hat nach erstatteter Anzeige sofort die Ermittlungen aufgenommen.

Streit, Kreis Striegau. Noch einmal glimpflich davongelommen war ein Bohrer des Steinbruchs Streitberg, der nach einer vorgenommenen Sprengung, bei der ein Schuß fügen geblieben war, das Schießloch zu säubern beabsichtigte. Hierbei geriet nun aus irgend einem Umstande ein geringer Teil der sitzengeliebenen Ladung zur Entzündung. Dem Bohrer wurde die rechte Hand und Gesichtshälfte schwer verbrannt, das Augenlicht scheint jedoch glücklicherweise nicht gefährdet zu sein.

Königshütte. Deutsche Mehrheit bei den Betriebsratswahlen. Die Betriebsratswahlen in der Laura- und Königshütte nahmen einen für die deutschen Gewerkschaften günstigen Verlauf. Sie erhielten 9 Betriebsräte und 2 Ersatzmänner. Die polnischen Gewerkschaften haben ungefähr die Hälfte davon erobert — 4 Betriebsratsmitglieder und einen Ersatzmann. Zahlenmäßig stelen auf die Liste des Deutschen Metallarbeiterverbandes 1503, auf die der christlichen Gewerkschaften 506 Stimmen. Die polnischen Gewerkschaften brachten für ihre gemeinsame Liste 983 Stimmen auf.

Landkreis Breslau/Neumarkt.

Wildwest im Kreise Neumarkt.

Banditenhorden deutschnationaler Gutsinspektoren.

In ganz bestialischer Weise wurde der Landarbeiter Domschyl von dem deutschnationalen Gutsinspektor in Saara wenz und seinen Stahlhelmschleifern mißhandelt. Ohne jeden Grund wurde der bedauernswerte Arbeiter von den aus dem Gasthause zurückkehrenden „Herren“ überfallen. Der Ueberfallene liegt jetzt schwerkrank danieder, grün und blau am Rücken, und kann sich nicht rühren. Einem anderen Arbeiter, den man zum Futter wecken wollte, erging es ähnlich. Kaum daß er die Tür öffnete, erhielt er mit einer starken Reitpeitsche einen Schlag über den Kopf, so daß er taumelte. Der Angegriffene lehnte sich zur Wehr; ein Pfiff, und die Helfer eilten herbei. Auch diesen Arbeiter schlugen diese Helden derart, daß er taum fort konnte, und rissen ihm sämtliche Kleider vom Leibe. Es gibt wohl keinen Ausdruck für die erbärmliche Handlungsweise jener Verbrecher, die wie Tagediebe und Räuber wehrlose Menschen überfallen. Die Ortspolizei hat diese Dinge bereits aufgegriffen und will die erforderlichen Schritte unternehmen. Zu erwarten ist aber auch, daß die Staatsanwaltschaft sich diese Banditen vornimmt. Bei dem ersten Arbeiter ist es fraglich, ob er überhaupt mit dem Leben davonkommt.

Muß der unterstüßte Erwerbslose jede vom Arbeitsamt zugewiesene Arbeit annehmen?

Von der Erwerbslosenkommmission der SPD. Breslau wird uns geschrieben:

Lehnt der Erwerbslose eine nachgewiesene bzw. vom Arbeitsamt zugewiesene Arbeit ab, so wird in der Regel auch die bezogene Arbeitslosen- bzw. Arbeitslosenunterstützung auf die Dauer von mindestens vier Wochen entzogen. Da an einzelnen Arbeitsämtern zuweilen die Arbeitsvermittlungen sehr rigoros durchgeführt werden, so tritt natürlich in vielen Fällen eine materielle Benachteiligung des Erwerbslosen ein.

Im Nachstehenden seien die Gründe angeführt, die den Unterstützungsempfänger nach § 90 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung berechtigen, eine zugewiesene Arbeit abzulehnen. Grundsätzlich ist der Erwerbslose verpflichtet, jede Arbeit anzunehmen oder anzutreten, auch wenn dieselbe außerhalb seines Wohnortes zu verrichten ist. Ein gesetzlicher Grund zur Ablehnung liegt nur vor, wenn

1. für die Arbeit nicht der tarifliche, oder soweit ein solcher nicht besteht, der im Beruf ortsübliche Lohn gezahlt wird,
2. wenn die Arbeit dem Arbeitslosen nach seiner Vorbildung oder früheren Tätigkeit oder seinem körperlichen Zustand oder mit Rücksicht auf sein späteres Fortkommen nicht zugemutet werden kann, oder
3. die Arbeit durch Ausstand (d. i. Streik) oder Aussperrung frei geworden ist, für die Dauer des Ausstandes oder Aussperrung, oder

4. die Unterkunft gesundheitlich oder sittlich bedenklich ist, oder 5. die Versorgung von Angehörigen, die einen Unterhaltsanspruch haben, nicht hinreichend gesichert ist.

Nach Ablauf von neun Wochen der Unterstützung oder der berufsmäßigen Arbeitslosigkeit kann der Arbeitslose die Annahme der Arbeit nicht mehr verweigern, weil sie ihm nach der Vorbildung oder früheren Tätigkeit nicht zugemutet werden könne.

Da sich nun in der Vermittlungspraxis natürlich zahlreiche Grenzfälle ergeben, so wendet sich der Erwerbslose in allen Zweifelsfällen um Rat, Hilfe und Auskunft an die Erwerbslosenkommmission der SPD. Breslau, Gewerkschaftshaus, Zimmer 18. Sprechstunden Montag bis Freitag von 9 bis 11 Uhr vormittags.

Bisnig. Unterhaltungsabend der Arbeiter. Jünger. Sonntag, den 25. Dezember (1. Feiertag), veranstaltet der MGW. „Eintracht“ Deutsch-Litva in Hellmanns Festsaal einen Unterhaltungsabend mit Gesang und theatralischen Vorstellungen. Der MGW. „Eintracht“ ist Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes.

Herrnprotisch. Gejügel diebstahl. Jetzt um die Weihnachtszeit, wo eine Gans zum begehrtesten Artikel gehört, mehren sich die Diebstähle an Geflügel. So wurde auch dem Obergärtner Janus sein Stall geplündert; vier Enten liegen die Diebe mitgehen.

Neulich. Gemeindevertreterziehung. Weihnachtsfest vor der Tür, und diese friedliche Weihnachtsstimmung herrschte auch in der letzten Sitzung. Die Freiwillige Feuerwehr will eine Magirusleiter anschaffen, wofür aber nicht, wo sie untergestellt werden soll. Die Gemeindevertretung bewilligte die Mittel zum Bau eines Raumes für drei Wagen. Interessant war die Mitteilung des Gemeindevorsethers, wonach laut Einigungsgemeinschaftsvertrag jedes Bauvorhaben der Gemeinde dem Magistrat der Stadt Breslau zur Genehmigung vorgelegt werden muß. Geplant ist der Bau eines Verwaltungshauses und elektrische Beleuchtung der Strachwitzer Straße. Letztere wurde genehmigt, doch auch hier muß erst der Magistrat Breslau sein Urteil sprechen. Zum Bau zweier Wohnhäuser durch Breslauer Bürger wurde die Genehmigung erteilt. Ferner bewilligte man die Weiterzahlung von Unterstüßung an ausgesperrte Erwerbslose und Zahlung einer Weihnachtsbeihilfe im Betrage 20 Mark, 10 Mark für die Frau und 5 Mark pro Kind. Dem Ortsauschuß für Jugendpflege wurden die Mittel zur Herstellung des Sportplatzes bewilligt. Daneben gab es noch verschiedene kleinere Vorlagen und eine Geheimnisung.

Neumarkt. Stadtnotordnen-Sitzung. Die Versammlung wird vom Schriftführer geleitet, da die beiden Vorsitzenden abwesend sind. Es erfolgen mehrere Mitteilungen, worauf Nachtragsanträge zur Annahme gelangen. Der Verkauf eines Bauplatzes löst eine längere Debatte aus, da der Magistrat (durch den Bauauschuß) plötzlich für Herabgabe des Bauplatzes auf der Kriegsbeschädigtenfiedlung von dem Stadler den 5fachen Betrag verlangte. Durch das Eintreten unserer Genossen wurde jedoch diese Ungerechtigkeit unmöglich gemacht. Die Wahl eines Schiedsmannes, sowie die Neuwahl von 5 Bezirksvorstehern, Referent Genosse Dittlitz, wurde nach den Vorschlägen der Wahlkommission vollzogen. Es wurden gewählt als Schiedsmann für den 1. Bezirk, Postbetriebsassistent Genosse Reichmann, welcher auch zugleich für den 2. Bezirk als Stellvertreter gewählt wurde. Als Bezirksvorsteher wurden gewählt: 1. Buchbindermeister Heinrich (Bezirk 1); 2. Postbetriebsassistent R. Wunsch (Bezirk 2); 3. Wagenbauarbeiter Hartmann (Bezirk 3); 4. Kaufmann Krohn (Bezirk 4); 5. Postbetriebsassistent Reichmann (Bezirk 5) und fünf Stellvertreter. — Die Herabsetzung der Tilgungsraten wurde nach dem Vorschlage des Magistrats genehmigt. Ebenfalls die Anerkennung einer Denkschrift. Referent Stadtverordneter Genosse Dittlitz, über die Zulassung der Kreis- und Stadtbank als öffentliche Bankanstalt und Neuerrichtung einer Kreis- und Stadtparisse. Die Denkschrift geht an die Regierung. Die Bildung einer Genossenschaft für die Regulierung und Unterhaltung des Neumarkter Wassers, Referent Genosse Dittlitz, wird genehmigt. Ein entsprechender Antrag soll beim Regierungspräsidenten gestellt werden. Der Abhaltung einer Tierchau im Sommer 1928 wird zugestimmt. Die Streikverurteilung in einer Prozesssache wird bis zum Eintreffen des Gutachtens vertagt. Die Verteilung von 1624 Mark, (1160 Mark vom Kreis, 464 Mark von der Stadt) an die Bedürftigen der Stadt zu Weihnachten wird zugestimmt. Nach einer einhalbstündigen Pause hält Studentrat Steinhäuser, Breslau, einen Vortrag über die Errichtung eines größeren Spielplatzes und betonte in längeren Ausführungen deren Notwendigkeit und Berechtigung und gab Anregungen zu der Umwandlung der Wiese an der Langen Liebe zu einem Spiel- und Sportplatz. Dem Vortrage folgte eine Aussprache, an der sich Bürgermeister Dr. Schröder und die Stadtverordneten Genossen Dittlitz und Winkler beteiligten. Gegen 10 Uhr konnte die Sitzung mit Weihnachts- und Neujahrswunsch des Vorsitzenden an die Stadtverordneten geschlossen werden.

Neumarkt. Man schreibt uns: Der Silberne Sonntag dürfte bei der hiesigen Geschäftswelt nicht den Erwartungen entsprechen haben. Das geflügelte Wort: „Kauf am Orte“ wird selbst von vielen Geschäftsleuten nicht eingehalten. Sie liefern somit selbst



Oetker's *back* *pulver*

BANK DER ARBEITER, ANGESTELLTEN — BEAMTEN, A. G. SPARKASSE

FILIALE Breslau.

Ihre Festfreude steigt



wenn beim Backen alles gut geraten ist. Auch Sie werden mit Ihren guten und reichlichen Zutaten nicht gern experimentieren, sondern lieber mit dem wunder-vollen Gefühl der Sicherheit backen wollen, das Ihnen

Dr. Oetker's Backpulver „Backin“ verbürgt. Es gibt keinen besseren Beweis der Zuverlässigkeit, als die Tatsache, daß sich „Backin“ seit über 30 Jahren glänzend bewährt hat. Was Millionen von Hausfrauen wissen und schätzen, darf Ihnen nicht unbekannt bleiben. Backen Sie zu Weihnachten daher mit Dr. Oetker's Backpulver „Backin“ nach dem neuen farbig illustrierten Rezeptbuch, Ausgabe F, das Ihnen viele neue Anregungen bietet. Sie lesen darin auch Näheres über den vor-züglichen Backapparat „Küchenwunder“, mit dem Sie auf kleiner Gaskocherflamme backen, braten und kochen können. — Verlangen Sie das Buch in allen einschlägigen Geschäften für 15 Pfennig, wenn nicht vorrätig, gegen Einsendung von Marken von

Dr. August Oetker, Bielefeld.

Ladenverkaufspreise: Backpulver „Backin“ 1 Stück 10 Pfg., 3 Stück 25 Pfg., Puddingpulver Vanille-Mandel 10 Pfg., Vanillin-Zucker 5 Pfg., Vanille-Soßenpulver 5 Pfg., Ovals-Schokoladen-Puddingpulver 15 Pfg., Mandelkerz-Puddingpulver 20 Pfg., Schokoladenseife mit getrockneten Mandeln 25 Pfg., Krokant-Puddingpulver 30 Pfg., Custin 25 g 35 Pfg.

den Beweis, daß der Einkauf in Breslau oft wesentliche Vorteile bietet. Man sieht, daß die Arbeiterchaft der beste Kunde der örtlichen Geschäfte ist, obwohl sie in vielfacher Form eine Bekämpfung erfährt, die für jene Kreise reichlicher Ueberlegung wert ist. Sie drückt sich schon darin aus, daß bei Veranstaltungen der Arbeiterchaft kein Geschäftsmann dieser Unterstellung zuteil werden läßt. Wer diese Taktik befolgt, darf sich natürlich nicht wundern, wenn auch noch die letzten Träger des Geschäfts von dannen ziehen.

**33D., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt.
Versammlungskalender.**

15. Dezember. Generalversammlung. Am Donnerstag, den 15. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, findet unsere diesjährige Generalversammlung im Lokal „Zur Provinz“ statt. Da der Geschäftsbericht gegeben und die Vorstandswahl vorgenommen wird, muß alles zur Stelle sein. Genosse Schiffer wird ein politisches Referat halten.

Arbeiter-Sport

Freie Sportvereingung 1897. Die erste Generalversammlung der gesamten Vereingung war zahlreich besucht, ein Beweis, daß die Mitglieder mit Interesse am Aufbau tätig sind. Die Neuwahl des Vorstandes sowie die Aufstellung des Jahresprogramms für 1928 sind ohne Schwierigkeiten vorüber. Der Vorstand setzt sich aus erprobten Funktionären zusammen, zum Vorsitzenden wurde Sportgenosse Kurt Koch als sein Vertreter Kurt Schirbel gewählt. Die Übungsstunden in allen Zweigen der Leicht- und Schwergymnastik für Schüler, Jugend und Männer werden in vier Turnhallen wie folgt abgehalten: Jeden Montag und Mittwoch von 19-22 Uhr Turnhalle Kleistlaufschule (erster Stock). Jeden Mittwoch und Sonnabend von 19-22 Uhr Turnhalle Brunnenstraße, jeden Freitag von 19-22 Uhr und jeden Sonntag von 9-12 Uhr Turnhalle am Sauerbrunnen. Jeden Donnerstag von 19-22 Uhr Turnhalle Waterloostraße. Die Frauenabteilung übt jeden Mittwoch von 20-22 Uhr Turnhalle Nordstraße. Im Ringen um die Bezirksmeisterschaft 1927/28 der B-Klasse gewann die zweite Mannschaft den Titel zum dritten Male. Die dritte Mannschaft platzierte sich bei guter Belegung an vierter Stelle. Im Gewichtheben der B-Klasse wurde die zweite Mannschaft ebenfalls Bezirksmeister für 1928. Im Ringen um die Jugendmeisterschaft 1927/28 stellte sich die erste Jugendmannschaft an die Spitze, die zweite Jugendmannschaft behauptete den dritten Platz.

Freie Rudervereingung Breslau, e. V., Jugendabteilung. Sonntag, den 15. Dezember: Arbeitsdienst für alle Jugendmitglieder im Bootshaus. — Montag, den 19. Dezember mühen alle Eintrittskarten zur Winterjohannisfeier beim Jugendgenossen Majwald abgerechnet sein. — Mittwoch, den 21. Dezember, beteiligen wir uns alle mit unseren Eltern und Bekannten an der Winterjohannisfeier der Arbeiterkinder-Jugend. — Donnerstag, den 22. Dezember, Jugend-Ausführung bei Genossen Georg Schalk.

Schwimmerverein „Reitdon“. Alle Rettungsschwimmer treffen sich morgen, Freitag, 19.30 Uhr, in der Magazin-Turnhalle zum 3 u. 3 1/2 u. Kursus.

Freie Sportvereingung „1897“. Am Sonnabend, den 17. Dezember, unterstützen wir die Abteilung Gräbchen der Arbeiterkinder bei ihrer Winterjohannisfeier im „Jägerhof“.

Fußballpartei, Gruppenspielausschüß. Durch Wechsel des Obmanns werden Spiele nur Montag in der Zeit von 19.30 bis 20.30 Uhr, bei Fritz, Zahnstraße, getempelt. Abtempeln in der Wohnung des Obmanns findet nicht mehr statt. Die Adresse des Obmanns ist jetzt: Max Quars, Breslau 17, Brommstraße 45/47. Die Abrechnung der Programme der Winterjohannisfeier der Sportjugend hat spätestens am Montag, den 19. Dezember, 20 Uhr, bei Fritz, Zahnstraße, Kattausfinden.

R.S.B. Dsmis. In der am 9. Dezember stattgefundenen Generalversammlung ist Sportgenosse Heinrich Grubn, Dsmis, Breslauer Straße 11, zum ersten Vorsitzenden gewählt worden. Sämtliche Schriftstücke sind nur an obige Adresse zu senden.

Arbeiter-Radfahrerverein Tschank. Freitag, den 16. Dezember, abends 7 Uhr, wichtige Vereinsversammlung bei Laube. Sonntag, den 18. Dezember, nachmittags 4 Uhr, Weihnachtsfeier bei W. Peter, Groß-Tschank, und Einbeziehung für die Kinder der Mitglieder des Vereins.

Arbeiter-Tanz- und Sportverein Hundsfeld. Sonnabend, den 17. Dezember, Generalversammlung im Vereinslokal „Gelber Löwe“.

Handball. Zu dem Spiel 3. Abteilung, Jugend gegen Modern, Jugend, stellt jede Mannschaft einen Ball.

Eingekandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Beschlüsse aus unserem Referat, für die wir nur die präventive Verantwortung übernehmen. Die Redaktion.

Wie es Kohlandsarbeitern ergeht.

Am 21. November wurden bei der Diebstahlgeheißenschaft die im Jimpel beschäftigten Kohlandsarbeiter, etwa vierzig Mann, wegen Frost entlassen. Nach fünf Tagen wurden sie wieder zum 26. November ab erneut beschäftigt. Das ging bis zum 8. Dezember, wo die erneute Entlassung wegen Frost erfolgte. Diese Entlassung hätte nicht zu erfolgen brauchen, da die Baugrube eine frostfreie Tiefe von 1,30 Meter erreicht hatte, so daß die Schichtarbeiten weiter geführt werden konnten. Bei ihrer Entlassung machten die Leute dreiviertel Stunden auf ihre Papiere warten, für die erst am anderen Tage im Büro in der Elisabethstraße nach peinlichen Verhandlungen eine Entschädigung gewährt wurde. Was geschieht nun in Bezug auf die Arbeitsbeschäftigung? Das ganze Jahr keine Arbeit, zuletzt ein paar Tage Kohlandsarbeit mit Unterbrechung, sollen da die so von den Händen gewarnten auch noch auf ihre Weihnachtsbeschlüsse verzichten? Mehrere Kohlandsarbeiter.

Amliche Devisenkurse der Berliner Börse

vom 15. Dezember.

1 Pfund Sterling.....	20,415	100 franz. Francs	18,46
1 Dollar	4,1815	100 span. Kronen	12,392
100 belg. Gulden	169,13	100 schweiz. Francs.....	80,765
100 Belg. = 500 Francs ..	56,50	100 Portug. Escudos	70,15
100 norm. Kronen	111,29	100 schwed. Kronen	112,46
100 Dantsch. Gulden	81,64	100 Ungar. Kronen	73,18
100 Rbe.	22,71	100 österr. Schilling	59,60
100 dan. Kronen	112,20	100 Slon.	46,90

Breslauer Produktenbörse vom 14. Dezember.

Amliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 13. Dezember 1927 gemachten Preise in Reichsmark für worigen Festtag (zum Vergleich mit den Erzeugnissen) nachfolgend Breslau in vollen Waggons. Landes- Getreide, Getreide, Mehl, Getreide, Samen etc. Preise in Reichsmark, nicht abgerundet.

Egglige, amliche, Notierungen (100 kg.)			
14.		15.	
Weizen 74 kg.)	25,50	25,80	Defizitars:
Weizen 71)	25,30	25,30	Winterweizen:
Gerste	20,50	20,00	Einwinter
Erbsen, gute	27,00	27,00	Einwinter
Erbsen, schlechte	25,00	25,00	Einwinter
Sojabohne	22,00	22,00	Einwinter

Amliche Notierungen für Weizen (je 100 kg.)			
14.		15.	
Weizen	28,00	28,00	Einwinter
Weizen	35,50	35,50	Einwinter

Getreide, Landmark (für 50 kg.)			
14.		15.	
Weizen	14,00	14,00	Einwinter
Weizen	17,75	17,75	Einwinter

Notierungen in Reichsmark, Preise, sowie alle amtlichen Notierungen und Preisnachweise auf demselben Wege. Diese Liste enthält nur die wichtigsten Sorten, in der Originalausgabe sind alle Sorten aufgeführt.

zum Fest



Genossenschaftler!

Deckt Eure Weihnachtseinkäufe

im eigenen Unternehmen. Bevorzugt

GEG-Artikel

die in den verschiedensten geschmackvollen

Präsentpackungen

zu haben sind. Wir haben vorrätig:

Aus unseren Tabakfabriken:
Tabake, Zigarren, Zigaretten.

Aus unserer Zuckerwaren- und Schokoladenfabrik:
Feinste Vollmilch-, Alpenmilch- u. Milchkuß-Schokolade, Weihnachts-Konfekt, Likörringe, Fondantringe, Schokoladencremeringe mit Gold-Nonpareille, Schokoladentierfiguren (Reliefs), Konsumpralinen, Edelkost.

Aus unserer chemischen Fabrik:
Kosmetische Artikel, wie Kölnisch-Wasser, Lavendel-Wasser, Parfüms, Toilettecreme, Toiletteessig, Birken-Haarwasser, Kamillen-Haarwasser, Franzbranntwein, Zahnpasta, Mundwasser.

Aus unserer Weinkellerei:
Diverse gut gepflegte Weine, Weinbrand-, Rum-, Arrak-verschnitt usw.

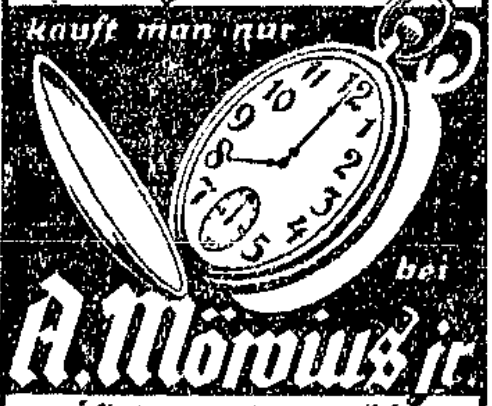
Aus unseren Seifenfabriken:
1a Toiletteife, Rasierife, Iose und in Aluminiumdosen.

Konsumverein „Vorwärts“

Mitglieder! Wartet mit dem Einkauf nicht bis zum letzten Tag! Benutzt die geldsparende Zeit! Die Verkaufskräfte werden es belohnen durch besonders gute und zuvorkommende Bedienung!

Breslauer Weihnachts-Anzeiger

Die gute Uhr



kauft man nur bei **A. Wömius jr.**

Schmiedebrücke 56 Eingang Kupfer-Schmied. Str.

Damenmantelstoffe

Palzbazillenstoffe
Palzimitationen
in größter Auswahl

F. A. PRAUSE

Oblauer Str. 5/6 Schußbrücke 78
Billa Anfertigung
An An Oberbekleidung in unübertroffener
12 Verkaufsstellen!

Ein Königlich-Kut steht jedem gut!

Spezialgeschäft für Herren-Hüte und Mützen, Herren-Artikel etc.
Breslau X, Matthiasstr. 139
Michaelsstraße 23, Ecke Weinstraße
Leser der „Volkswacht“ 10% Rabatt.

Schuhwaren aller Art

kauft man billig und gut im Schuhhaus „Odertor“
B. Jacobsohn, Rosenthaler Str. 59

Weihnachts-Angebot!

Herren- und Knaben-Bekleidung jeder Art zu außergewöhnlich billigen Preisen
Bekleidungshaus
J. Ruben, Frankfurter Str. 60/62

Die besten Fahrräder

für Sport und Beruf kauft man am vorteilhaftesten, besten und billigsten bei
A. P. Hagendorf
Bismarckstraße 28.

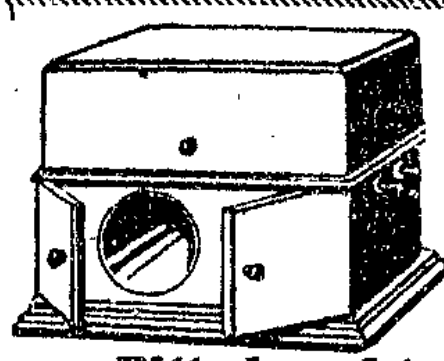
Weihnachts-Geschenke

Tische, Stühle, Sofas, Chaiselongues, Frisierisolettens, Garderoben, Schreibtische, Nähische, Rauchtische, Standuhren, Bilder etc. auch auf Kredit
G. Rosenblatt, Tischlermstr.
Kohlenstraße 15
Ausstellung Wilhelmsbrücke 11 (Bürgerwerder)

Musik-Haus

Waterlooftraße 3
Sprechapparate u. Schallplatten
Sprechapparate u. Schallplatten
in großer Auswahl, sowie
Mandolinen, Zithern, Ziehharmonikas
Auf Wunsch bequeme Ratenzahlung

Allerbeste Sprechapparate



„Columbia“, „Elektr-Grammophon“, „Resonaphon“ usw.
Billigere gute Apparate v. 45 M. an
Neueste Schallplatten in allen
Preislagen * * Mandolinen, Lauten, Violinen usw.
in größter Auswahl im best-empfohlenen
Musikhaus Metzger
Breslau Teloch Pg. 1111
Friedr.-Wilh.-Str. Ecke Dessauer Straße 36
Bitte beachten Sie meine 6 Schaufenster

Damenhandtaschen

in allen Ausführungen und Preislagen
Aktensappen Leder von 4.50 Mk. an
Büchertaschen handgenäht, Leder von 5.75 Mk. an
Brief-, Zigarren- u. Zigarettentaschen
Koffer und Reisetaschen empfiehlt für den Weihnachtsfest zu billigen aber festen Preisen
Emil Kämpf 84
Friedrich-Wilhelm-Straße

LIPPIK & HINKE

Taschenstraße 10/11

Nickel-Service Tablett m. Koff. eckig, Schneegleiser m. Zuckerdose, n. n. v. 15.75, 10.00	Waschgarnituren Neuzittliche Formen und Dekor 5 Teile 25.00 bis 9.75, 7.50
Likör-Service 1 Tablett mit 6 Likörgl. fern in versch. Farben 9.00, 6.00, 3.00, 2.00	Küchenservaturen Für jede Küche passend 22 Teile
Alpaka-Löffel moderne Formen und Muster Ecklöffel, Stck. 50 f., Kaffeelöffel, Stck. 25 Pf.	Brottschneidemasch. mit Rundmesser 15, 11.00, 11.50
Kaffee-Service echt Porzellan, 9teilig, 6 Personen mit 6 Kuchentellern u. 1 großen Kuchenteller, breite Rosen-Kante	Brotbüchsen Innen und außen Emaille 7.25, 6.90, 5.75
Porz.-Kaffeegeschirr 1 Kaffeeservice für 6 Personen mit 6 Kuchentellern u. 1 großen Kuchenteller, breite Rosen-Kante	Porzellan-Eßgeschirr für 6 Pers., 25 Teile, Feston (gebogt) mit Goldrand und Linie, u. 6 Weinrömer mit grünem Stiel

Gegen stillschweigendes Vorzeigen des Mitgliedsbuches erhalten die Gewerkschaftsmitglieder an der Kasse 4% **Sonder-Rabatt.**

Weihnachtsgeschenke

Züchen, Inletts, Handtücher, Damen- und Herrenwäsche, Trikotagen
Schürzen, Berufskleidung in o/bewährten, guten Qualität, zu billigsten Preisen
Leinenhaus **Gotthard Völkel**
Friedr.-Wilh.-Str. 56, Albrechtstr. 51, 2. Haus v. Ninge

Radio-Einkauf

ist Vertrauenssache. In meinem seit über 40 Jahren bestehenden Spezialgeschäft finden Sie die besten Apparate zu billigsten Preisen.
Dreiröhren-Apparate mit Röhre und Anschlußkab., Fernempfang während
Breslau sendet nur Mk. 39.50
Detektor-Apparate von Mk. 4.90 an
Doppelkathoden von Mk. 1.75 an
Transformator von Mk. 0.95 an
Ernst Eiselein
Telefon- und Telegrafenanstalt
Gneissplatz 1. — Gegründet 1886.

EGlode

Aktenaschen, Damen-Handtaschen, Koffer, feine Lederwaren usw.
Reparaturen nur 24
Nikolaistr. 32. Tel. Obte 7031

Extra billige Preise!

Damenhüte
1.15, 2.50, 3.50, 4.50, 5.50, 6.50
S. Weissenberg
Spezialhaus für Damenputz
Schmiedebrücke 14, ptr., 1. u. 2. Bldg.

Photo-Camera

Eine kleine Photo-Camera ist ein willkommenes Geschenk für alt und jung und alle Schichten der Gesellschaft
Reichhaltige Auswahl in Schüler-Alben und Lehrbüchern und allen Bedarfsartikeln
Apparate schon von 6.- Mk. an
Fischer & Comp.
Breslau, Taschenstraße 25
Photo-Artikel, Großes Lager am Platze

Reinhold Schoepke

Grübacher Straße 42
Eisenwarenhandlung
Das Spezialgeschäft für Haus- u. Küchengeräte
Solinger Stahlwaren bester Qualität
Prakt. Geschenkartikel / Schlitze / Schlitzen
Beachten Sie meine 4 Schaufenster u. 4 Schaukästen

Rodel- u. Kinderschiffen, Skis
Schlittschuhe * Werkzeuge
Laubsägekästen * Stahlwaren
Haus- und Küchengeräte
Badewannen * Gaskocher
Große Auswahl. Billige Preise.
Albert v. Taschitzki Nachf.
Klosterstraße 73.

Schallplatten-Bergmann

Karlsplatz 1, II.
Spezial-Geschäft
Tauschzentrale
Einziges Geschäft a. Platze
Billigste Bezugsquelle!
Tausche jede spielbare Platte in eine andere, bei
Zuzahlung v. 25 Pf. ein.

Riesen-Auswahl in Filz- u. Schuhwaren

aller Art. — Billigster Preis.
Wilhelm Vogel
gegr. 1880
Friedrich-Wilhelm-Straße 66
Grübacher Straße 19/21

Weihnachtsrum

empfiehlt von Mk. 2.80 per Liter an
Spirituosenfabrik Monski
Matthiasstraße 69 (Dof Kontor)

Sprechapparate — Puppenwagen

Rodelschlitten — Nähmaschinen und Fahrräder
Liefert billig auch auf Teilzahlung
F. Hesse, Breslau
Alexanderstraße 2.

Sprechmaschinen

Schallplatten
alle Musikinstrumente
Qualitätsware zu billigsten Preisen
Friedrich Gessner
Instrumentenbauer
Breslau I, Weidenstraße 20.

Sprechapparate

nur erste Fabrikate!
Schallplatten
Bequeme Teilzahlung. — Reparaturen!
Grotewahl & Co.
Lehngrabenstr. 1, an der Lobestraße
Telephon: Stephan 39664

Weihnachtsgeschenke

Praktische
Herren- und Knaben-Garderobe
Schneidwaren — Trikotagen — Gardinen
Lauferstoffe — Linoleum — Wachszeuge
A. Kapst, Stößerstraße 67

Musik-Apparate

stets Neuheiten verschied. Fabrikate von 0.95 an
Laufwerke * Schallhörner
Ersatzteile * Reparaturen
Violinen, alle und neue, beste Toninstrumente,
größte Auswahl, 9.50, 12.00 usw.
Mit Mandolinen, Lauten, Gitarren etc.
Karte Bedienung! — Billigste Preise!
Musikhaus Liedecke
Breslau I, Kochgasse 2,
Nähe Ring, Telefon Ring 6025.

Ein Schappe-Hut

billig und gut
Spezialgeschäft für
Herren-Hüte und Mützen
Täglicher Eingang von Neuheiten
Robert Schuppe
Nikolaistr. 34

Genossen, deckt die Weihnachts-Einkäufe nur bei den Inserenten unserer Zeitung!



Barasch nur Neumarkt

Trotz unserer billigen Preise im Weihnachts-Verkauf geben wir wie alljährlich
2000 Christbäume gratis

Bei Einkauf v. 6.— Mk. an erhält jeder Käufer einen Weihnachtsbaum als Zugabe!

Besonders billig! Emaill-Brotbüchsen weiß und Netzmaarmor, rund und lang, 4 und 6 Pld. Inhalt Stck 3.75	Besonders billig! Linoleum-Teppiche in schönen, modernen Mustern 150x200 9.- 200x250 15.- 200x300 18.-	Große Mengen: Flausch, Schals u. Mützen in größter Farben-Auswahl zum Aussuchen, durchw. Stck. 1.25	Besonders billig! Hausschuhe und Pantoffeln mit Ledersohle Paar 0.95 Hausschuhe mit Filzsohle, für Kinder, Gr. 26-35, P. 0.95
---	--	---	--

- Dam.-Futt.-Schlüpfer 0.95
- Frauen-Barchent-Hemd gestr. 1.95
- Männer-Barchent-Hemd Stück 2.30
- Herr.-Futterhosen Paar 1.85
- Dam.-Strümpfe feine Baumwolle, schwarz u. farbig, Paar 0.50
- Dam.-Strümpfe Seidenflor, moderne Farben, Paar 0.95

- Herren-Socken grau Paar 0.30
- Herren-Mako-Socken gomust. Paar 0.50
- „-Kamelhaar-Socken Paar 0.95
- 1 Satz Emaill-Töpfe braun oder blau 10 bis 18 cm = 5 Stück 3.65
- Emaill-Eimer 28 cm grau 0.90 braun 1.25
- Emaill-Wasserkannen 8 oder 10 Lit. 1.75
- „ Spülwannen 36 cm grau 0.95 braun 1.25

- Wirtschaftswagen St 1.95
- Plätteln poliert, St 3.50 2.95
- Thermosflaschen 1/2 Lit. 0.95
- Linoleum 65 cm breit, in Rest. bis 8 Meter 1.60
- Linoleum 90 cm breit, moderne Muster 2.15
- Linoleum 150 cm breit, für Zimmerbelag 4.50
- Wachstuch-Tischbelag Mtr. 1.50 1.35

- Strickwolle gt. Qual., schw. u. grau, Lago 50g 0.33
- Sportwolle in groß. Farben- ausw., Lago 50g 0.45
- Wintermützen f. Herr. u. Knab. St. 0.95
- Kragenschoner Kattseid i. a Must 95 0.75
- Herren-Hüte jetzt bedeut. unter Preis, mod. Formen, durchweg St. 2.85
- Klubwesten Trikot mit an- geweb. Futter für Herren und Damen 2.95
- Markttaschen braun Stück 0.95

- Porzellan-Kaffeebecher weiß, 8 Stück 0.40
- Porz.-Tassen m. Blumenm. u. Goldr., P. 0.25
- Steingut-Speiseteller tief bunt 0.15
- Steing.-Schüsseln bunt gomust. Satz 6 Stück 0.85
- Küchenlampen 6", mit Messingbronner 0.95
- Tischlampen 10", m. Metallfuß u. Messingbronner 2.95
- Damen-Gummischürzen schöne Muster, St. 1.95, 0.85 0.65

Samilien-Anzeigen

Am 15. Dezember 1927 verschied nach langem, schwerem Leiden unser lieber Vater, Bruder und Onkel, der **Schneider August Marschallek** im besten Mannesalter von 44 Jahren. Dies zeigt schmerz erfüllt mit der Bitte um stille Teilnahme an **Familie Fells** nebst Anverwandten. Die Beisetzungsfeier findet Freitag, den 16. Dezember 1927, vormittags 11 Uhr, im Krematorium in Grabschen statt. 1020

Am 13. Dezember verschied nach jahrelangem Leiden unser Mitglied, der **Schneider August Marschallek** im Alter von 44 Jahren. Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren **Die Genossinnen und Genossen des Distrikts 14 (Nikolaiter) der S. P. D.** Beisetzungsfeier: Freitag, den 16. Dezember, vormittags 11 Uhr, im Krematorium Grabschen. Trauerhaus: Weststadtstraße 41. 6053

Am 12. Dezember verstarb unser Freund und Verbandskollege, der **Flechtler Karl Schätzel** im Alter von 52 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm **Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.** Beisetzungsfeier: Freitag, den 16. Dezember, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in Grabschen. 6051

Am 10. Dezember verstarb plötzlich und unerwartet unser Mitglied **Martha Dressler** im Alter von 43 Jahren. Ihre Betätigung im Dienste des Allgemeinwohls sichert ihr ein dauerndes Andenken. **Die Arbeiter-Samaritaner-Kolonie Breslau.** Beisetzungsfeier: Donnerstag, den 15. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle in Pölsanowitz. 6052

Danksagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die herrlichen Kranzspenden bei dem Heimgang meiner lieben Frau, der **Gastwirtin Anna Hanke**, jedem einzelnen zu danken auferhebend, erge ich auf diesem Wege allen Verwandten und Bekannten sowie den Mitbewohnern des Hauses Leutenstraße 34/36, dem Lotterieverein Goldstein, Arb.-Schachverein Nikolaiter, Arb.-Leseverein I. Abt., V. Frauenabtl., Kleingart.-Verein Kipkoweg, Anglerverein Westend sowie den Bräutereien Kipkoweg und Engelhardt und dem Ehepaar der Fa. Czaja meinen herzlichsten Dank. Ganz besonders Dank Herrn Pfarrer Bedark für die سپرگاس trostreichen Worte am Grabe der Entschlafenen. Breslau, den 14. Dezember 1927. **Arthur Hanke** Leutenstraße 34/36. 1020

Am Montag, dem 12. Dezember, abends 8 Uhr, verstarb nach kurzem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester, Tante, Groß- und Schwiegermutter **Frau Agnes Detke** geb. Kaczmarek 1018 im Alter von 58 Jahren. Breslau, Haynau, Posen, Amerika, den 14. Dezember 1927. Brüderstraße 36 **Im Namen aller Hinterbliebenen Ferdinand Detke** Beerdigung Freitag, den 16. Dezember, nachm. 2 1/2 Uhr, von der Kapelle des Bernhardin-Friedhofes in Dürrgoy aus.

Am Montag, 13. Dezember, verschied die Frau unseres Mitgliedes **Frau Agnes Detke** im Alter von 58 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihr **Die Mitglieder der Schürzenhaus des Gaswerkes Dürrgoy.** Beisetzungsfeier: Freitag, nachm. 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Bernhardin-Friedhofes aus. 6054



Kameraden! Es liegt am Tabak
 Durch wirtschaftliche Verhältnisse wurde die Herstellerin der R. B. Zigarettenfabrik „Reitbahn“ G. m. b. H., Hamburg, gezwungen, die Lieferungen für Schlesien einzustellen und die Fabrikverteilung aufzugeben.
 Für einen mehr als vollwertigen Ersatz garantiert die seit 1894 bestehende Zigarettenfabrik „Jutta“, Dresden A., welche außer ihren anderen berühmten Marken wie:
 L. R. H. zu 3 Pfg.
 Jutta Antese zu 4 Pfg. **Weißer Hirsch** extra 4
 Sächs. Jäger zu 5 Pfg. **Weißer Hirsch** Ant. 5
 (ges. gesch.) **Weißer Hirsch** Lamm 5
 die Spezialmarke „Im Treue fest“ herstellt.
 In vornehm wirkender Packung bietet sie in Bezug auf Qualität, Aroma und Bekömmlichkeit eine 4 und 5 Pfg. Zigarette aus orientalischen Mischungen, die mit Recht als erstklassig bezeichnet werden kann.
 Ein Versuch wird Sie zum dauernden Kunden machen. Fordern Sie „Im Treue fest“ in allen Geschäften.
 Mit schmerzlicher Wirkung ist mir die General-Versendung für Niederschlesien übertragen worden und bitte ich um eifrige Unterstützung. Frei Heil! 1494
Friedrich Lux - Breslau 9
 Sierstr. 2 / Fernsprecher Ohle 8657

Damenmäntel
 schnell, auch in Fräsearbeit, weiß u. schwarz, von 10 Mk. an mit Pelzbesatz, bis zum elegantesten, von 100 Mk. an
Urban Einpangenschäft, Karstraße Nr. 1, Ecke Schwandauer Straße
Verkaufung Volkswacht **Wolberts** **Wolberts**
 Breslau 3 Neue Graupenstraße 5

Es kommt doch darauf an

wie man angezogen ist, denn zuerst wird immer die Kleidung beachtet und einen guten Eindruck kann eben nur gute Kleidung verschaffen. In meiner großen Auswahl finden Sie alles was Ihren persönlichen Geschmack betrifft:

- Der marengo Paletot** mit Samtkragen Mk. 88.-, 84.-, 70.-, 64.-, 58.-, 48.-, **37.-**
 - Der schwarze Paletot** mit Samtkragen Mk. 98.-, 82.-, 68.-, 58.-, 42.-, **34.-**
 - Der Rock-Paletot** streng modern, schwarz oder marengo, Mk. 84.-, 72.-, 62.-, 54.-, **42.-**
- Eigene Anfertigung, daher sehr preiswert
 Nach auswärt. Muster franko gegen franko



Mollige Joppen
 in glatten und verschiedenen Sportformen aus dauerhaftem, bayerischen Mantel-Lodenstoff
 Mk. 42.-, 38.-, 32.-, 28.-, 25.-, 22.-, 18.-, 17.-, 14.-

Oskar Dehmel

Breslau I Neumarkt 45
Breslauer Volksbühne
SINCLAIR: Galgenvögel
ZUCKMAYER: Schinderhannes
 ist das beste Weihnachtsgeschenk für alle Volksbühnenmitglieder. Zu haben in den **Volkswachthandlungen Breslau**
 Neue Graupenstraße 5 Neue Taschenstraße 11

Druckerei Volkswacht
 Moderne zweifarbige und taubere Ausfertigung aller Druckarbeiten prompt und bei kürzester Lieferfrist
Breslau 2, Furtstraße 4/6.
B **Alle wer will kaufen** **läufen** **Hets die** **Interenten** **unserer** **Zeitung** **zu** **hord** **Wichtiger**

Zortführung der Verhandlungen im Grobeisentonflikt.

Bisher keine Annäherung. — Man rechnet mit der Durchführung der Kündigungen. Eine Erklärung der Afa-Verbände in Düsseldorf.

Düsseldorf, 15. Dezember. (Eig. Funkbericht.) Die Schlichtungsverhandlungen zur Neuregelung der Lohndarbeitszeitfrage innerhalb der Metallindustrie verliefen auch am Mittwoch ergebnislos. Es wird damit gerechnet, daß am Donnerstag ein Schiedsspruch gefällt wird.

Keine günstigen Aussichten. Düsseldorf, 15. Dezember. (Eig. Funkbericht.) Die am Mittwoch abgebrochenen Verhandlungen werden am Donnerstag, 12 Uhr mittags, wieder aufgenommen werden. Das Ergebnis ist vorläufig mehr als fraglich. Es wird deshalb angenommen, daß die einzelnen Werke bereits am Donnerstag ihren Besatzungen die angekündigte Kündigung zuteilen werden.

Die Düsseldorf Afa-Verbände zum Grobeisentonflikt. Düsseldorf, 14. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In Düsseldorf nahmen am Mittwoch die Vertreter der Verbände des Afa-Bundes zu den Vorgängen in der Schwerindustrie des Ruhrgebiets Stellung. Folgende Entschlüsse wurden gefasst:

Die freigewerkschaftlichen technischen Angestellten, Kaufleute und Werkmeister sprechen der Arbeiterschaft ihre vollste Sympathie in diesem schweren Ringen aus. Technisch sind die Voraussetzungen für die Durchführung der dreigeteilten Schicht gegeben. Die Durchführung der Rationalisierung hat eine gesamtliche Steigerung der Arbeitsleistung zur Folge gehabt. Neben der Technisierung der Betriebe ist auch eine solche der Menschen erfolgt. Die materielle Auswirkung ist u. a. auch aus den in der letzten Zeit veröffentlichten Bilanzen erkennbar. Die Prüfung der kaufmännischen Seite her zeigt deshalb ebenso eindeutig die Möglichkeit der Durchführung der Arbeitszeit-Veränderung. Der Erfolg der Rationalisierung, der Technisierung der Betriebe ist in vollem Umfange den Unternehmern zugute gekommen; die Arbeiterschaft, Arbeiter und Angestellten haben keinen Anteil daran. Die Veränderung der Lebensbedingungen hat ein Sinken des Realeinkommens zur Folge gehabt. Das Verhalten der Unternehmer ist deshalb auch volkswirtschaftlich gesehen, nicht verständlich.

Die Kampfansage der Schwerindustrie bedeutet nicht nur eine Willkür und ist nicht nur gerichtet gegen die Arbeiter; sie wirkt sich auch in vollem Ausmaße gegen die Angestellten. Sie ist darum neben den übrigen von den Unternehmern getroffenen Maßnahmen als eine Provokation gegen die gesamte Arbeitnehmerschaft anzusehen. Diesem sich allseitig auswirkenden Machtwillen der Unternehmer kann nur durch die unbedingte Solidarität und geschlossene Front der Angestellten in den freigewerkschaftlichen Berufsverbänden begegnet werden. Die Angestellten können über kurz oder lang in diesem Kampf durch das Unternehmertum hineingezogen werden. Kein Augenblick darf deshalb veräußert werden, auch den letzten Angestellten den freigewerkschaftlichen Verbänden: Zentralverband der Angestellten, Deutscher Werkmeisterverband und Bund der technischen Angestellten und Beamten zu führen.

Auch ein Angebot!

Zum Kampf auf den westdeutschen Kanälen. Der Streik in der westdeutschen Kanal-Schiffahrt scheint, rein äußerlich betrachtet, auf einem toten Punkt angelangt zu sein. In Wirklichkeit haben sich die Dinge jedoch so zugespitzt, daß mit einem Eingreifen des Schlichters gerechnet werden muß. Die Stellung der Streikenden ist unangenehm. Fast die ganze Kanal-Schiffahrt liegt still, und damit auch das Personal der staatlichen Monopol-Schiffahrt. Die Streikenden sind sich weigern, Streikbrecher-Schiffe zu besetzen. Die Haltung des Personals der Schlepddampfer ist ein Akt der Solidarität gegenüber den Streikenden. Die Zahl der Arbeitswilligen schmolz im Laufe der letzten Wochen mehr und mehr zusammen, so daß jetzt nur noch ganze 34 Arbeitswillige zu verzeichnen sind. Sogar aus Duisburg holt man neuerdings „Seleute“ als Streikbrecher nach Duisburg. Die Verträge der Kanalreederei, die Streikenden aus den Wohnungen an Bord der Schiffe zu entfernen, stoßen auf großen Widerstand. Die Streikenden vertreten den Standpunkt, daß auf der einen Seite die Wohnung einen Teil des Arbeitslohnes, auf der anderen Seite aber der Streik keine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses darstellt. Die Streikenden bleiben also in den Wohnungen; dies bedeutet aber praktisch Stilllegung der Röhre. Die Kanalreederei, die nicht wissen, wie sie aus dem Schlamassel wieder herauskommen sollen, sind jetzt dazu übergegangen, über den Kopf der Organisationen hinweg mit einem direkten Lohnangebot an die Streikenden voranzutreten. Der Zweck dieser Werbung ist nicht recht klar; denn das neue Angebot ist vielfach noch schlechter als die bisherigen Bedingungen. Alles in allem würde bei dem Angebot der Kanalreederei eine Verschlechterung um etwa 1/3 Prozent für das Personal in den Arbeits- und Lohnbedingungen eintreten. Die Arbeitgeber wollen nur zwei Drittel leisten, was sie selber nach den Vertragsbestimmungen zu leisten verpflichtet waren. Nach dem Angebot der Kanalreederei soll der Lohn für sieben Tage bei 20 Mark unter 19 Jahren 25 Mark, unter 21 Jahren 29 Mark, über 21 Jahren 33 Mark, bei Heizern unbefahren 29 Mark, bei Heizern nach sechs Monaten 36 Mark, bei Schiffsjungen im ersten Jahre 14 Mark, im zweiten Jahre 16,50 Mark, im dritten Jahre 19 Mark betragen. Verheiratete Matrosen und Heizer sollen eine Zulage von 10 Prozent erhalten. Bisher betrug der Lohn für sechs Tage in der gleichen Reihenfolge 24,60 Mark, 29,90 Mark, 32,10 Mark, 28,90 Mark, 35,30 Mark, 13,90 Mark, 16,90 Mark und 19,20 Mark; auch heiber erhielten verheiratete Matrosen und Heizer eine Zulage von 10 Prozent. Das Lohnangebot der Kanalreederei ist einfach lächerlich. Selbstverständlich lehnt das streikende Personal die geradezu unerschämten Zumutungen der Kanalreederei in der Lohnfrage ab. Das streikende Personal will nichts von einer außerordentlichen Sondervereinbarung wissen. Der Tarifvertrag ist zwischen den Kanalreedern und den Gewerkschaften in freier Vereinbarung getätigt und gilt mindestens bis zum 30. Juni 1928. Der Lohnvertrag sollte mit Zustimmung der Arbeitgeber am 1. September durch Verhandlungen neu geregelt werden. In den Kanalreedern liegt es, begangene Fehler wieder gutzumachen. Gehten sie nicht ein — das streikende Personal kann gehen. Die Reederei werden die Folge für ihre Untätigkeit tragen müssen.

Bewegung der Pflichtarbeiter in Köln. In Köln sind die Pflichtarbeiter in eine Bewegung eingetreten. Sie verlangen von der Stadtverwaltung Erhöhung der Unterstützungssätze, eine einmalige Winterbeihilfe, tarifliche Lohnregelung und Wahl eines Betriebsrates.

In der Arbeitslosenversicherung kommt Pflichtarbeit nur noch für Arbeitslose unter 21 Jahren in Frage, dagegen ist Pflichtarbeit weiter für die Empfänger von Rente und Unterstützung vorgezogen. Zur Pflichtarbeit werden nur solche Jugendliche herangezogen, bei denen die Voraussetzungen für Berufsausbildung nicht gegeben sind. Der Kreis der Pflichtarbeiten ist sehr eingeschränkt. Es sollen nur solche Arbeiten sein, die sonst überhaupt nicht oder nicht im gegebenen Augenblick oder nur in bescheidenem Umfang ausgeführt werden würden. Die Pflichtarbeit wird nicht auf Grund eines Arbeitsvertrages ausgeführt. Die Bestimmungen der Gewerbeordnung, des Bürgerlichen Gesetzbuches, des Verkehrsstrafgesetzes usw. finden auf Pflichtarbeiter also keine Anwendung; ebenso können Ansprüche aus dem Pflichtenverhältnis nicht vor dem Arbeitsgericht eingeklagt, sondern nur vor dem Verwaltungsausschuß des Arbeitsamts geltend gemacht werden. Dagegen gelten die Unfallversicherungs-Vorschriften auch für die Pflichtarbeiter. Durch den Verwaltungsausschuß ist für die Pflichtarbeiter für etwaige Mehraufwendungen ein Zuschlag zur Unterstützung festzusetzen, der 50 Prozent der Haupt-Unterstützung und mit dieser zusammen die Entlohnung nicht übersteigen darf, die dem Pflichtarbeiter bei gleicher Arbeitsdauer als Notstandsarbeiter zustände.

Eine Frechheit der polnischen Eisenbahndirektion.

Die Danziger Eisenbahner sollen den Einheitsverband verlassen. Die polnische Eisenbahndirektion in Danzig hat an die Danziger Organisation des Einheitsverbandes der Eisenbahner die unverschämte Forderung gerichtet, aus dem Einheitsverband auszutreten und sich als Lokalorganisation aufzutun. Wenn diese Umwandlung nicht bis zum April 1928 durchgeführt sei, werde die Organisation nicht mehr als Kontrahent zu Verhandlungen hinzugezogen. Die Form, in der sich die Danziger Eisenbahner organisieren, geht die polnische Eisenbahndirektion gar nichts an. Wenn sie Lust hat, sich die Finger zu verbrennen, soll sie es tun.

Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands.

Die Breslauer Ortsverwaltung veröffentlicht: Im Vorstand wurde beschlossen, unseren arbeitslosen Mitgliedern auch dieses Jahr, wie es bei uns bisher üblich war, eine kleine Weihnachtshilfe zukommen zu lassen. Die Auszahlung derselben erfolgt am Dienstag, den 20. Dezember, in der Zeit von 8—11 Uhr vormittags in unserem Büro. Wir erlauben unsere arbeitslosen Mitglieder, sich genau an die angegebene Zeit zu halten.

Weihnachts-Unterstützung für erwerbslose Mitglieder des Bekleidungsarbeiter-Verbandes.

Durch Beschluß des Hauptvorstandes unserer Organisation werden an unsere unterstützungsberechtigten erwerbslosen Mitglieder Weihnachts-Unterstützungen in nachfolgenden Sätzen ausbezahlt:

- Die Unterstützungsberechtigten erhalten: a) männliche Mitglieder (verheiratet) 10 Mark; b) männliche Mitglieder (ledig) 8 Mark; c) weibliche Mitglieder 6 Mark. Die Ausgesteuerten erhalten: a) männliche Mitglieder (verheiratet) 15 Mark; b) männliche Mitglieder (ledig) 12 Mark; c) weibliche Mitglieder 9 Mark.

Die Auszahlung vorgenannter Unterstützungssätze erfolgt an alle Arbeitslosen, welche vor dem 11. Dezember 1927 arbeitslos waren und in der Weihnachtswoche noch arbeitslos sind. Die Auszahlung erfolgt an den Tagen vom 22. bis 31. Dezember 1927 in den üblichen Bürozeiten.

Die Entwicklung im Zentralverband deutscher Konsumvereine.

Die von den 10 Unterverbänden des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine aufgenommene Statistik für das dritte Vierteljahr 1927 umfaßt 635 berichtende Genossenschaften mit mehr als 400 Mitgliedern. Die Zahl der zur Jahresstatistik nicht berichtenden Konsumgenossenschaften mit mehr als 400 Mitgliedern ist von 647 auf 635 zurückgegangen. Der Umsatz der berichtenden Konsumgenossenschaften erhöhte sich im verfloßenen Vierteljahre von 232 Millionen Mark auf 236 Millionen Mark. Der Vierteljahres-Durchschnittsumsatz je Mitglied zeigt infolge der Bereinigung der Mitgliederlisten ein günstigeres Wachstumsverhältnis, nämlich von 79,48 Mark auf 83,49 Mark. Ganz erheblich ist der Umsatz der Konsumgenossenschaften bei der Groß-einkaufsgesellschaft gestiegen, nämlich von 82 Millionen Mark auf 99 Millionen Mark oder von 35,30 Prozent auf 41,97 Prozent des eigenen Umsatzes. Der Umsatz in Eigenprodukten der Groß-einkaufsgesellschaft stieg von 12,4 Millionen Mark auf 16,6 Millionen Mark oder von 5,36 Prozent auf 7,02 Prozent des Umsatzes der Konsumgenossenschaften und von 15,13 Prozent auf 16,72 Prozent des Umsatzes der Groß-einkaufsgesellschaft. Das Geschäftsguthaben der Mitglieder erhöhte sich im letzten Vierteljahre von 37,9 Millionen Mark auf 38,9 Millionen Mark. Hier von sind durch Aufwertung 12 Millionen Mark entstanden. Das Geschäftsguthaben je Mitglied erfuhr eine Zunahme von 12,97 Mark auf 13,77 Mark und das Geschäftsguthaben in Prozenten des Vierteljahres-Umsatzes eine Zunahme von 16,32 Prozent auf 16,49 Prozent. Die Spareinlagen der Konsumgenossenschaften im dritten Vierteljahre zeigen ein über Erwartungen starkes Wachstum, nämlich von 175 Millionen Mark auf 199 Millionen Mark. Hier von sind durch Aufwertung reichlich 41 Millionen Mark entstanden. Die Spareinlagen je Mitglied stiegen von 60,09 Mark auf 70,40 Mark, und das Verhältnis zum Vierteljahresumsatz erfuhr eine Zunahme von 75,61 Prozent auf 84,32 Prozent. In sämtlichen Konsumvereinen ist ein Anwachsen der Spareinlagen zu verzeichnen. Es ist eine der schönsten und wertvollsten Aufgaben der deutschen Konsumgenossenschaften, die Mitglieder zur Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu erziehen, damit sie im Falle der Not, der Krankheit, der Arbeitslosigkeit und anderer wirtschaftlicher Zufälle einen privaten Vorrat besitzen, auf den sie zurückgreifen können. Die Konsumgenossenschaften haben, gestützt auf ihre Sachwerke, aus freien Stücken, längst bevor eine gesetzliche Regelung eintrat, die Spareinlagen ihrer Mitglieder ebenso wie die Geschäftsanteile im Durchschnitt auf 25 Prozent ausgewertet. Dadurch haben sie sich das Vertrauen ihrer Mitglieder erworben, das jetzt reiche Früchte trägt.

Schlesien und die Polenverhandlungen.

Die Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen mit Polen, um die gerade in Schlesien fast jahrelang heftig gekämpft wurde, wird in den Grenzprovinzen natürlich auch mit der größten Spannung beobachtet. Wie wichtige Interessen nicht nur für Industrie und Handel, sondern auch für weite Kreise der Verbraucherschaft von der künftigen Gestaltung des zollpolitischen Verhältnisses mit Polen abhängen, ist allmählich hinlänglich bekannt.

Von wichtigen und unmittelbar auf Ostdeutschland wirkenden Ergebnissen der im Fluß befindlichen Verhandlungen liegt vorläufig nur das in Berlin abgeschlossene deutsch-polnische Holzabkommen vor. Die vom schlesischen Waldbesitz immer wieder vorausgesetzten katastrophalen Folgen für die deutschen Holzproduzenten und die deutschen Sägemerke sind vorläufig wenigstens ausgeblieben. Der schlesische Holzhandel kann irgendwelche besonderen Veränderungen auf dem Markte nicht feststellen, und das Geschrei über eine bedrohliche polnische Schleuderkonkurrenz hat sich als recht unnütz erwiesen. Man kann aus Polen kaum eine übermäßige Steigerung der Ausfuhr von Rundholz feststellen. Die polnischen Preise sind nur um geringe Bruchteile niedriger, als die deutschen, und außerdem ist der Inlandsbedarf Polens infolge einer Vermehrung der Bauaktivität selbst recht groß. Diefelben Interessenten, die aus antipolnischen Stimmungsmomenten heraus den Ruin des deutschen Waldbesitzes voraussetzten, haben es gerade in diesem Jahre mit Holzverkäufen keineswegs sehr eilig, ein sicheres Zeichen dafür, daß sie in Wirklichkeit keine ernsthafte Bedrohung der Konjunktur für inländisches Holz befürchten.

Von Seiten des Großgrundbesitzes wird auch jetzt noch während der im Gang befindlichen Verhandlungen versucht, auf die deutschen Unterhändler einen Druck in dem Sinne auszuüben, daß man bei der Zulassung der Einfuhr polnischer Agrarprodukte mögliche Unnachgiebigkeit zeigen soll. Die schlesischen Landbundkreise, die immer dann entrüstete Proteste loslassen, wenn man ihnen bei ihrem Import schlecht entlohnter polnischer Arbeitskräfte auf die Finger sehen will und sich neuerdings wieder — leider wohl nicht ganz ohne Unterstützung amtlicher Verwaltungsstellen — einer durchaus berechtigten Forderung der polnischen Auslandsvertretungen für die Saisonarbeiter entgegenstellen, schlagen hierbei ein sehr einfaches Verfahren ein. Sie erklären es einfach als völlig unglauwürdig, daß das in den jetzigen Verhandlungen Polen angebotene Schweinefleischkontingent nur in eine Reihe genau bezeichneter Fleischverarbeitungsfabriken gelangen soll, sie malen immer weiter, obwohl das alles offiziell festgelegt ist, das Gespenst der Verhinderung des Schließens mit polnischen Schweineherden und einen daraus entstehenden völligen Ruin der schlesischen Bauern an die Wand, aber sie können wirklich nicht verlangen, daß man sich mit einer solchen Form wirtschaftspolitischer Diskussion ernsthaft beschäftigt.

Bedeutend sachlicher und zurückhaltender sind schon die von der obersten schlesischen Industrie angeführten Erwägungen. Hier wehrt man sich zwar auch sehr kräftig gegen das augenblicklich zur Debatte stehende polnische Kohlenimportkontingent von monatlich 200 000 Tonnen, aber das oberste schlesische Industriekontingent zeigt sich in seiner letzten Veröffentlichung wenigstens einen Weg zur Vermeidung direkter Schwierigkeiten im deutsch-polnischen Verkehr als Folge der polnischen Einfuhr. Es wird verlangt, daß in der Form der Einfuhr des Kohlen-

kontingents und in der Preisgestaltung den Polen Bindungen auferlegt werden, die die Interessen des schlesischen Bergbaus und seiner Arbeiter schützen. Ein solches Verlangen ist angebracht, besonders geographischen Verhältnisse in Oberschlesien sicherlich nicht von der Hand zu weisen, und es wäre gut, wenn die Erkenntnis der Tatsache, daß es sich in vielen Punkten des künftigen deutsch-polnischen Handelsvertrages nicht so sehr um die Höhe der zu gewährenden Einfuhrmengen handelt — natürlich gibt es hier gewisse vernünftige Grenzen —, sondern vielmehr um die Organisation dieser Einfuhr, um die Dirigierung polnischer Waren nach bestimmten Teilen des Reiches zur Vermeidung ungesunder Häufungen im unmittelbaren Grenzgebiet. Es ist anzunehmen, daß in dieser Richtung auch im Laufe der Verhandlungen gewisse Versuche gemacht werden. Ihr Sinn darf allerdings nicht etwa der einer absoluten Verteuerung der Einfuhrwaren sein, sondern eben der einer rationellen Verteilung über das ganze in Frage kommende Reichsgebiet.

Schlesien wird also auch weiterhin mit besonderer Sorgfalt den Gang der Verhandlungen beobachten müssen, die um so größer sein muß, als sich auch gerade hier gegen den neu ernannten deutschen Delegationsführer, den ehemaligen Reichsminister Dr. Hermes, gewisse Bedenken erheben haben. Es ist sicherlich zu beachten, wenn das amtliche Organ einer großen Zahl mittel- und nieder-schlesischer Industrie- und Handelskammern offen erklärt, daß die Befürchtungen, die man an seine Ernennung in manchen Kreisen der Wirtschaft getrübt hat, sehr ernst zu nehmen seien. Man kann nur hoffen, daß zwischen dem Delegationsführer und dem seit langer Zeit in der Handelsvertragsfrage sehr tätigen und erfolgreichen Warschauer Gesandten Kaushner eine enge Zusammenarbeit erfolgt, die manche der früheren Vorstellungen von Dr. Hermes beseitigt.

Steigende Arbeitslosigkeit im Reiche.

752 000 unterstützte Erwerbslose am 30. November. Die saisonmäßige Verschlechterung des Arbeitsmarktes, die in jedem Winter einzutreten pflegt, macht sich jetzt infolge der winterlichen Witterung der letzten Wochen in vollem Umfange bemerkbar. Der Zugang an Arbeitslosen kommt in der Hauptsache von den Außenarbeitern in den Saisonberufen, die jetzt fast überall eingestellt worden sind; er tritt demgemäß vor allem in den ländlichen Bezirken in Erscheinung. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung betrug, wie amtlich mitgeteilt wird, am 30. November rund 605 000 (männlich 507 000, weiblich 98 000) gegenüber 598 000 am 25. November. Sie ist also um rund 210 000 oder um 53,2 Prozent gestiegen. Wenigstens geringer ist die Zunahme in der Krisen-Unterstützung. Hier liegt die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger von 126 000 am 15. November auf 147 000 (männlich 120 000, weiblich 27 000) am 30. November. Das bedeutet eine Steigerung von rund 21 000 oder 16,7 Prozent. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen ist also vom 15. bis 30. November insgesamt um rund 231 000 auf 752 000 (männlich 627 000, weiblich 125 000) oder um 44,3 Prozent gestiegen. — In Berlin ist die Zahl der Arbeitslosen infolge des Weihnachtsgeschäftes um 7000 Personen in der letzten Woche zurückgegangen.

15 Jahre Zuchthaus für einen D-Zug-Anschlag.

Montag begab sich das Potsdamer Schwurgericht nach Brandenburg (Havel), um dort eine Tat zu sühnen, die eine schwere Eisenbahnkatastrophe hätte heraufbeschwören können. Angeklagt war der 23jährige, in Magdeburg geborene, beschäftigungslose, vorbestrafte Fabrikarbeiter Hans Schröder, der in der Nacht zum 29. Juni dieses Jahres fünf vor Brandenburg große Steine auf die Gleise gewälzt hatte, um den Berliner D-Zug zur Entgleisung zu bringen und dann die verletzten Passagiere zu berauben. — Entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts wurde Schröder zu 15 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Der Angeklagte erklärte, daß er das Urteil nicht annehme.

Die Mordtat in Brandenburg.

Ein furchtbares Verbrechen wurde am Dienstag morgen in Brandenburg a. d. Havel entdeckt. Der Brauereibesitzer Julius Frenzant wurde in seiner Brauerei mit zahlreichen Dolchstichen tot aufgefunden. Es handelt sich offenbar um einen Raubmord, der von mehreren Tätern begangen worden ist. Es werden verschiedene Merkmalsstücke vermist. Zwischen dem Täter und seinem Opfer muß nach allen Anzeichen ein schwerer Kampf stattgefunden haben. Der Tod ist dann angesichts der schweren Verletzungen sicherlich innerhalb kurzer Zeit eingetreten. Die Brauerei, auf deren Grundstück die Tat geschah, liegt an einer der Hauptverkehrsstraßen Brandenburgs. Frenzant, der Junggeselle war, lebte sehr zurückgezogen und galt etwas als Sonderling. Seine kleine Brauerei betrieb er mit vier bis fünf Arbeitern und arbeitete selbst den ganzen Tag über mit. Während die Arbeiter um 6 Uhr morgens begannen, war er gewöhnlich schon von 3 Uhr früh in der Brauerei tätig. Nach der Tat, bei der Frenzant vermutlich von hinten überfallen wurde, begab sich der Mörder in die Wohnung, wo er verschiedene Schränke durchwühlt hat. Von dem Täter, nach dem auch die Berliner Kriminalpolizei fahndet, fehlt einwillen noch jede Spur.

Eine spätere Meldung sagt: Von dem Mörder des in Brandenburg auf bestialische Weise ermordeten Brauereibesitzers Frenzant hat man noch keine Spur finden können. Jetzt steht, daß es sich um einen wohlvorbereiteten und wohlbedachten Raubmord handelt. Als sicher wird angenommen, daß nur eine Person als Mörder in Frage kommt. Auf die Ergreifung des Täters hat der Regierungspräsident von Potsdam eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

Zu dem Arnsdorfer Prozeß.



Der Landwirt Paul Schmelzer ist angeklagt, seinen Sohn zum Tatanschlag an zwei Reichsbannerleuten angestiftet zu haben.

Sturm an der norwegischen Küste.

Ein furchtbarer Sturm überfiel Dienstag die Fischerflotte an der Finmarkenküste. Ein Boot mit drei Mann Besatzung ging unter. Die Besatzung erlitt. Vier andere Boote werden vermist. In den Fischereihäfen hat der Sturm schweren Schaden angerichtet.

Ein holländischer Auker samt Besatzung verloren.

Der Scheveninger Schiffsutter „Sch. 190“ der Reederei Verhey Jan, von dem bereits seit einiger Zeit befürchtet wurde, daß er während eines großen Sturmes Ende November an der englischen Küste untergegangen sei, wird jetzt samt seiner aus 18 Mann bestehenden Besatzung als endgültig verloren betrachtet. Da es sich bei „Sch. 190“ bereits um den zweiten seit Ende November vermisteten Schiffsutter handelt, haben innerhalb kurzer Zeit 25 Seelen aus dem Fischerdorf Scheveningen den Tod in den Wellen der Nordsee gefunden.

Liverpool in Feuergefahr.

Die Stadt Liverpool ist von einer großen Feuergefahr bedroht. Ein Petroleumschiff wurde auf dem Mersey led und 8000 Tonnen Petroleum ergossen sich in den Fluß und bewegen sich flussaufwärts in der Richtung auf Liverpool. Die gesamte Polizei ist angesetzt worden, die Fischer abzustreifen und die Bevölkerung zu verhindern, Feuer ins Wasser zu werfen. Um den Bränden, die infolge des bereits gemeldeten Sinkens eines Petroleumschiffes auf dem Mersey entstehen könnten, sofort begegnen zu können, hat die Feuerwehr Schläuche in einer Länge von tausenden von Metern ausgelegt und sind Feuerlöschapparate an den sieben Meilen langen Dock-Quais verteilt worden. Das Truppentransportschiff „Safford“ mit 1200 Mann aus Bombay an Bord ist vorläufiger von seinem Standort abgeschleppt und in ein Dock gebracht worden.

Zehn Tote bei einem Schiffszusammenstoß.

Ein Motorboot lief auf dem Raagoorflaß (Japan) mit einer Dampfmaschine zusammen, die erstere sank mit 12 japanischen Passagieren. Sieben wurden getötet.



Lindberghs Mexikoflug.

5000 Kilometer ohne Zwischenlandung. Der Ozeanflieger Lindbergh ist von New York zu einem Fluge nach Mexiko City gestartet. Der Flug verlief bisher programmäßig. Präsident Calles hat den Tag der Ankunft als Nationalfeiertag erklärt, damit die ganze Bevölkerung an Lindberghs Begrüßung teilnehmen könne.



Lindbergh in Mexiko angekommen.

5000 Kilometer in 26 Stunden. Der amerikanische Flieger Lindbergh ist am Mittwoch nachmittag, gegen 4 Uhr New Yorker Zeit, bei Mexiko City gelandet. Auf dem Flugplatz erwarteten ihn 25 000 Menschen, darunter Präsident Calles. Lindbergh hat die 5000 Kilometer lange Strecke in 26 Stunden überwunden. Der Flieger wurde von einem mexikanischen Militärgeschwader empfangen.

Die „gebildeten“ Berliner.

Am Mittwoch abend veranstaltete das Berliner Schiller-Theater eine Kleinfest, die sich zu einem Skandal gestaltete. Man spielte außer dem Guisard-Fragment noch den Büchnerschen Wozzei. Ein großer Teil des Publikums nahm das Stück, das schon 90 Jahre alt ist, für eine Kraußführung. Man empörte sich über die naturalistische Tragik und Ipektakel mit Hauschüsseln und ähnlichen Musikinstrumenten.

Vater und Sohn zum Tode verurteilt.

Vor dem Schwurgericht Neuruppin fand Dienstag der Prozeß gegen den Arbeiter Willig Peest aus Guhlsdorf wegen des Mordes an dem Arbeiter Sünder, und gegen Peests Angehörige, die der Anstiftung beschuldigt werden, statt. Willig Peest hatte am 1. Dezember 1926 im Walde bei Guhlsdorf den Arbeiter Sünder, der mit seiner Schwester verkehrte und sich wiederholt an gemeinsamen Diebstählen der Familie Peest beteiligt hatte, ermordet, weil Sünder mit der Anzeige der Diebstähle gedroht hatte. Das Gericht verurteilte Willig Peest und seinen Vater wegen gemeinsamen Mordes zum Tode. Der Vater erhielt außerdem wegen schwerer Kuppelei sechs Monate Gefängnis. Die Ehefrau Peest wurde wegen Verheimlichung eines geplanten Mordes und wegen schwerer Kuppelei zu zwei Jahren acht Monaten Gefängnis verurteilt und die Tochter wegen Verschweigung des Mordes zu einem Jahr acht Monaten Gefängnis.

Streit um Pilsputaner.

Vor dem Potsdamer Schwurgericht wurde am Mittwoch gegen den 28jährigen Chauffeur einer Pilsputanergruppe verhandelt, der sich wegen Körperverletzung mit Todeserfolg und unberechtigten Waffentragens zu verurteilen hat. Der Angeklagte war an einem Sonntag im August mit den Mitgliedern einer Pilsputanergruppe zum Sommerfest bei der Freiwilligen Feuerwehr in Belgig gegangen. Dort protestierte ein Schlächtermeister gegen die Zulassung der Zweiergarnen, die er auch mit Schimpfworten überhäufte. Der Chauffeur stellt den Schlächtermeister zur Rede, und schließlich kam es auf dem Marktplatz zwischen dem Angeklagten und Festteilnehmern zu Schlägereien. Der Angeklagte gab einen Pistolenschuß ab, der einen Schlossereibesitzer so schwer verletzte, daß dieser am nächsten Tage starb.

Bermist.

Seit zwei Tagen wird die siebenjährige Schülerin Ellen Reinfeld in Berlin, die bei ihrer Mutter in der Mohrstraße 35 wohnt, vermist. Das Mädchen hatte von ihrem Großvater 10 Pf. erhalten, wofür sie sich Silberpapier zum Weibchen von Weihnachtskränzen kaufen wollte. Von diesem Gang ist das Kind nicht zurückgekehrt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich die Bermistete bei ihrem Vater aufhält, der seit mehreren Jahren getrennt von seiner Frau lebt.

Große Bilderfälschungen.

In dem großen Hamburger Bilderfälschungsprozeß ist von den Sachverständigen festgestellt worden, daß von den 112 beschlagnahmten Bildern nur 7 als echt vom Künstler selbst anerkannt worden sind. Bei den übrigen Bildern handelt es sich um Kopien und Fälschungen, die teilweise so geschickt angefertigt sind, daß selbst der Direktor der Hamburger Kunsthalle eines dieser gefälschten Bilder zunächst für echt hielt.

Bier Wilderer gefaßt.

In den Waldungen bei Arzberg (in der Mark Targau) wurden gestern von Forstbeamten und Landvier Torgauer Bürger beim Wildern erteilte Bier weiteren Beteiligten, die mit den anderen mehrere Stunden verfolgt wurden, gelang es zu entkommen.

Drei Arbeiter bei einem Gerüstzusammenbruch getötet.

Montag abend ist beim Bau einer Krananlage auf dem Hofenwerk I Muuiden bei Amsterdam ein 80 Fuß hohes Gerüst eingestürzt, wobei drei auf dem Gerüst beschäftigte Arbeiter getötet wurden.

Variété-Kongreß in Paris.

Zur Teilnahme an dem in Paris stattfindenden Kongreß der französischen Variété-Direktoren am Dienstag abend 150 Mitglieder des internationalen Variété-Direktorenverbandes sowie etwa 100 österreichische und italienische Variété-Direktoren eingetroffen. Der Kongreß wird insbesondere die Frage des Austausches von Attraktionen behandeln.

Eine 83jährige Mörderin.

Die 83 Jahre alte Bekkerin einer Villa in der Nähe Nizza schlug mit einem Messer ihr Zimmermädchen nieder und lösterte es dann mit einer Gartenharken. Mörderin hatte zuerst angegeben, daß das Mädchen von einem Banditen überfallen worden sei. Nach einer Gegenüberstellung mit der Leiche der Erschlagenen gestand die Greisin schließlich das Verbrechen selbst begangen zu haben, dessen Ursache lächerlicher Streit um eine kleine Geldsumme war.

13 Stunden im Fahrgasthäft.

In einem Warenhause in Manchester wurde 70jährige Nachtwächter John Clinton im Schacht eines Zuges, mit dem Kopfe nach unten hängend, aufgefunden. Er in dieser furchtbaren Lage 13 Stunden verbringen mußten, seine Hilferufe gehört wurden. Er war mit dem Fuße im Gitter des Aufzugs hängen geblieben, als er in der Dunkelheit den Schacht gestürzt war.

Verhaftung von Banknotenfälschern in Stambul.

Die Polizei von Stambul erlachte eine Bande Fälschmünzern, die verhaftet, falsche osmanische Banknoten von 25 und 50 Pfund, die aus dem Ausland stammten, beschlagnahmt. Bekanntlich werden osmanische Banknoten gegen republikanische eingetauscht. Es wurden 15 Personen verhaftet. Die Untersuchung ergab, daß die Fälscherzentrale sich in der Türkei befindet.

Neue Ueberschwemmungen in Marokko.

Neue große Ueberschwemmungen in der Gegend von Kenitra (Marokko) sind zu verzeichnen. Ein Dammbauwerk El Kanjora und andauernder Regen verschlimmern die Lage. Bisher seien keine Todesopfer zu beklagen.

Erfolgsloser Einbruch.

In die Räume des amerikanischen Generalkonsulats in Berlin drangen in der Nacht zum Mittwoch drei Diebe mit Hilfe von Nachschlüsseln ein. Ihr Versuch, den Konsulanten zu knacken, der die Tageseinnahmen der Post enthielt, mißlang jedoch. Die Eindringlinge mußten ohne Beute wieder abziehen. Man nimmt an, daß die Diebe sich tagsüber das Gebäude eingeschlichen haben und dann in der Nacht in die Postkammer eindrangen.

Explosion in einem amerikanischen Lichtspieltheater.

Das Lichtspieltheater Parthenon in der Vorstadt Chicagos ist durch eine Explosion teilweise zerstört worden, die von der Feuerwehr einer Bombe zugeschrieben wurde. Das Theater war zurzeit der Explosion leer.

Polnische Schitane.

Die Weichselbrücke Marienwerder in Münstertal, die durch das Dill von Versailles einschließlich dem vorgeländes als Brückenkopf von Polen abgetreten wurde, soll laut Mitteilung der polnischen Regierung an das deutsche Auswärtige Amt übergeben werden. Die Brücke ist die einzige Verbindung zwischen Ostpreußen und Polen über die Weichsel. Durch die Besetzung dieser wichtigen Brücke würde was die Polen natürlich sehr wissen, die wirtschaftlichen Verbindungen mit Ostpreußen leiden.